

# Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale

Beitrag zum Kampf um die Wahrung der Gewerkschaften...  
Beitrag zum Kampf um die Wahrung der Gewerkschaften...  
Beitrag zum Kampf um die Wahrung der Gewerkschaften...

Mit den Gratisbeilagen:  
„Der Rote Stern“, „Der kommunistische Gewerkschafter“, „Rote Hilfe“  
„Die Kommunistin“, „Der Genossenschaftler“, „Kribüne“, „Der Jungprolet“  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Vertrieb: Berlin, Potsdamer Platz 10, 1. Stockwerk  
Telefon: 10 10 10  
Abonnementspreis: 1,20 M. im Voraus  
Einzelpreis: 10 Pf.

## Die Feuerungswelle steigt Preissteigerungen bis zu 100 Prozent — Und keine Lohnerhöhung

Seit Wochen macht die Lutherregierung, begleitet von dem Gehül der bürgerlichen Presse eine tiefe Reklame für die „Preisabbauaktion“.  
Mehr als zehn Wochen sind seit der Antinabingung dieses Schwindels vergangen, aber die Arbeiterschaft merkt nichts von einem Preisabbau. Die Regierung sieht doch einige Erfolge und die bürgerliche Presse ist davon überzeugt, dass die Preissteigerungen in der Welt beständig sind. Das statistische Reichsamt teilt mit, dass nach ihren Berechnungen der Großhandelsindex in der letzten Woche nahezu unverändert geblieben ist. Er ist nämlich nur von 127,5 auf 127,6 gestiegen.  
Auch die sozialdemokratischen Blätter sind auf diesen Schwindel hereingefallen und verkünden diese Unwahrheiten ihren Lesern, trotzdem auch sie zugeben müssen, dass die Preise für Getreide, Schmalz, Safer und Gerste erheblich gestiegen sind.  
Es scheint notwendig, einige Tatsachen anzuführen, um zu beweisen, dass die Preisabbauaktion der Regierung in der Tat eine Schwindelaktion ist. Denn seit Wochen steigen die Preise mit einer rasanten Geschwindigkeit. Es ist ganz klar, dass die Preissteigerungen noch nicht die Auswirkungen der Zoll- und Steuerpolitik der Lutherregierung sind, sondern vielmehr Auswirkungen der allgemeinen Wirtschaftskrise.

gierung beim gefällten Schiedspruch der Eisenbahner, wo es ausdrücklich heißt:  
„Im Hinblick auf die Preisabbauaktion können die Löhne nicht erhöht werden.“  
Das ist die Antwort der Regierung. Wie antworten die Unternehmer? Sie erlassen, wie z. B. der Arbeitgeberverband für den Bezirk Nordwest, ein Rundschreiben unter Nr. 30/25 an ihre Mitglieder, worin es heißt:  
„Den Mitgliedern wird unter Vertragsstrafe auferlegt, gemäß der Beschlüsse einer vom Vorstand einzusetzenden Kommission eine der Erhöhung der Tariflöhne entsprechende Herabsetzung der Belegschaftsziffer vorzunehmen.“  
Aber es besteht durchaus die Möglichkeit, dass in der Zeit, in der die wichtigsten Tarife ablaufen, tatsächlich eine gewisse Senkung der Preise von den Ausbeutern durchgeführt wird, zu dem Zweck, die Langfristigkeit der neuen Tarife leichter durchzusetzen. Das wäre ein sehr gutes Geschäft für die Ausbeuter.

Als nächstes veröffentlichen wir die amtliche Feuerungsstatistik seit Monat März, um an Hand dieser Zahlen zu beweisen, in welchem Verhältnis die Preise zu den Löhnen der Arbeiter gestiegen sind.  
Nachfolgende Durchschnittsstatistik, einer ausführlichen Preisliste des statistischen Reichsamts über die Lebensmittelpreise in 33 deutschen Städten entnommen, beweist klar die tiefe Steigerung einzelner Lebensmittel.

Sie würden die paar Pfennige Lohnzulage dann in den letzten Monaten der Tariffristen mehrfach wieder aus den Taschen der Proleten herausziehen. Deshalb ist es nötig, die Berechtigung aller Illusionen über Preisabbau, Schlichtungswesen und langfristige Tarife allen Arbeitern nachzuweisen. Obendrein sind die Preissteigerungen der letzten Monate noch bei keiner einzigen Branche im Lohn auch nur annähernd abgegolten worden.  
Der Arbeiter aber wird nicht einen Zehntelpfennig geschenkt. Noch niemals bekam er auch nicht nur das allergeringste, wenn er es sich nicht erkämpfte. Dazu aber ist die erste und wichtigste Vorbedingung: geschlossene Einheitsgewerkschaften. Um sie muß der Kampf zuerst und auf der ganzen Linie geführt werden.

Pro Kilo kosteten:

Weizenmehl im März	52 Pf.	heute 66 Pf.
Graupen im Februar	48 „	60 „
Saferklofen im März	52 „	90 „
Wudeln (billigste Sorte) i. Februar	70 „	120 „
Weis im März	72 „	80 „
Speisebohnen, weiße, ungeschälte im März	66 „	80 „
Linsen im März	80 „	110 „
Kartoffeln (10 Kilo im März)	80 „	100 „
Rindfleisch mit Knochen (billigstes Rindfleisch) im März	200 „	300 „
Frisches Bauchfleisch (billigstes Schweinefleisch) im März	200 „	280 „
Ka hse-fisch billigste Sorte) i. März	240 „	350 „
Hammelfleisch (billigste Sorte) im März	187 „	250 „
Kett r ger. n' nd. Sped im März	32 „	400 „
Zucker im März	64 „	84 „

### Ein neues Ablenkungsmanöver

Im Reichswirtschaftsministerium wird im Anschluß an die verpuffte „Verbilligungsaktion“ eine neue Komödie aufgezogen. Das Reichswirtschaftsministerium hat eine Klage gegen eine Reihe von Textil- und Wirtschaftsverbänden eingeleitet. Beim Kartellgericht sind auf diesem Wege, auf Grund der §§ 4 und 10 der Kartellverordnung folgende Verbände in den Anklagezustand veretzt worden:  
Der Verein Deutscher Wollkämmerer und Kammgarnspinner in Berlin,  
der Verband sächsischer und thüringischer Webereten in Greiz,  
der Verband Deutscher Herrenwäschefabrikanten in Berlin,  
der Verband Deutscher Kleiderstoffgroßisten in Berlin,  
der Verband hunder Webstoffe und Leinenwaren in Berlin,  
der Verband nord- und westdeutscher Baumwollwaren-ausrüster in Berlin.

Die Regierung will gegen diese Industriellen gerichtliche vorgehen, weil sie angeblich zu hoch kalkulieren und zu hohe Rücklagen zuschlagen. Sie Regierung merkt das reichlich spät. Mag die Deutsche Wirtschaft und der Gang der Produktion noch so schlecht gestanden haben, die Unternehmer haben sich trotzdem immer schadlos gehalten. Wer glaubt denn daran, daß diese Firmen vom Kartellgericht verurteilt werden. Richter und Industrielle werden einen Weg finden, auf dem sie die Anklage der Regierung, die nicht ernst gemeint ist, illusorisch machen werden. Die Klage der Regierung ist ein Scheinmanöver gegen die Industriellen, die nur dazu aufgezogen ist, um den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen. Aber die Arbeiter werden auch dieses Täuschungsmanöver der Regierung erkennen und sich nicht darauf verlassen und warten, bis die Regierung einige Klagen anstrengt, sondern selbst die Vorbereitungen zum Abwehrkampf und die Offensive der Kapitalisten und der deutschen Regierung erfolgreich abwehren.

Diese Statistik zeigt deutlich, wie ungeheuer stark die Preise seit dem Frühjahr dieses Jahres gestiegen sind. Um sich die gesamte Feuerung der Lebensmittel zu gewärtigen, muß man noch hinzufügen, daß für Weizen, Weizenmehl, Spinat, Mohrrüben und Sauerkraut seit März ungefähr eine Steigerung von 100 Prozent eingetreten ist. Scharfe Preissteigerungen sind auch bei Butter, Eiern, Milch, ausländischem und deutschem Schweinefleisch, Magerkäse, Sahneringen, Schellfischen, Rindfleisch, zu verzeichnen.

### Neuer Justizmord der polnischen Senater Sancuch zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt

Die polnische Regierung und ihre Justizmaschine wollen sich den Vortrang im Kampfe gegen die Kommunisten an erster Stelle zu stehen, von keiner anderen Regierung der Welt abzulassen lassen. In Polen vergeht auch nicht ein einziger Tag, an dem nicht Arbeiterblut in Strömen fließt. Spigel und Provo-kateure, die in Polen den Titel Regierungsbeamte tragen, sind ununterbrochen am Werk, aranzieren Provoaktionen, die sie rechtzeitig an die Regierung verraten und Hunderte unschuldiger Arbeiter den Weg nach den Zuchthäusern antreten lassen. Die polnische Senaterregierung hat ein neues Verbrechen begangen. Das Militärgericht in Lodz verurteilte gestern den kommunistischen Abgeordneten Sancuch zu drei Jahren Zuchthaus. Die polnische Regierung hat es gewagt, Sancuch zu verurteilen, trotz des Proteststurmes, den das internationale Proletariat anlässlich des Prozesses entfaltet hat. Aber Sancuch, den man unschuldig machen will, muß vom internationalen Proletariat aus den polnischen Zuchthausmauern befreit werden. Die Aktion für seine und aller übrigen politischen Gefangenenbefreiung muß sofort verdoppelt werden.

Wenn wir uns also vorstehende Statistik, die das Fazit aus 33 Großstädten des Deutschen Reiches bildet, betrachten, so ist daraus zu ersehen, daß die Preise bei den einzelnen Artikeln sogar um 100% gestiegen sind. Und das Steigen der Preise wird natürlich in den nächsten Tagen nicht Halt machen. Heute steht schon fest, daß nach der Einführung der Einfuhrsperre am 1. Oktober das Brot eine erneute Steigerung der Preise erfahren muß. Vielleicht bleibt der Preis sogar derselbe, aber das Gewicht des Brotes wird geringer.  
Die Regierung Luther hat eine neue Reklameaktion aufgezogen. Sie posant in die Welt hinaus, daß die Kohle, in Folge der Verbilligungsaktion der Regierung sehr im Preise gefallen ist. Bei der näheren Untersuchung der Kohlenpreise stellte sich aber heraus, daß die Kohle insgesamt um 1/2 Prozent, nämlich durch die Herabsetzung der Umsatzsteuer, gefallen ist. Der Zentner Kohle ist um 1/2 Pf. billiger geworden. Das nennt die Regierung Preisabbauaktion.  
Die Arbeiterschaft darf sich nicht täuschen lassen durch das Geschrei der bürgerlichen Presse. Die Lohnkämpfe in allen Teilen des Reiches zeigen das Gegenteil. Die fortgesetzte Steigerung aller Lebensmittelpreise zwingt die Arbeiterschaft dazu, den Kampf für höhere Löhne aufzunehmen. Im Herbst laufen die Tarife der meisten Arbeiterkategorien ab. Wie die Verhandlungen um höhere Löhne aussehen werden, zeigt die Re-

### Vom Tage

In München wird am 14. September eine Konferenz von Vertretern der Eisenbahnen der Sowjetunion, Dänemarks, Ostpreußens und Ostlands stattfinden. Auf der Tagesordnung der Konferenz steht die Frage des direkten Verkehrsverkehrs zwischen Deutschland und Rußland und die Umkehrung der Güterwagen bei Übergang von der Deutschen auf die russische Spur der russischen Bahnen.  
Im Marokkokrieg kämpften 200 000 französische Soldaten gegen 40 000 Rifabtylen.  
Infolge des englischen Seemannsstreiks sind 700 neue Staffeln befehle gegen die Mannschaften der Orientdampfer erlassen worden.  
In London weißt der Vizepräsident der „Bank polski“, Dr. Mlenarski, und verhandelt dort über die Aufnahme einer neuen Anleihe für Polen.  
Die Verhandlungen zwischen den internationalen Kontrollkommissionen über die Entwaffnungsnote und die Schutzpolizei sind gestern wieder ausgenommen worden.

### Mit allen Kräften für die Linie der Komintern

(Schluß)  
5. Der Sinn der gegenwärtigen Parteidiskussion.  
Unsere Partei hat in der Vergangenheit noch nicht genügend aelert, Parteidiskussionen im bolschewistischen Geiste zu führen. In der Sozialdemokratie spielen sich Parteidebatten nur in der Form eines Kampfes zwischen den verschiedenen Führergruppen ab. Sie enden mit der Annahme einer papierernen Resolution — meistens einer „Kompromißresolution“ — und alles bleibt beim alten. Bolschewisten diskutieren auf andere Weise. Sie diskutieren nicht milde, sondern rücksichtslos als die Sozialdemokraten. Sie kämpfen unerbittlich gegen jede Abweichung von der richtigen Politik, um sie zu liquidieren. Aber sie führen nicht den Streit um des Streites willen, sondern, um für die Partei einen ideologischen und politischen Gewinn zu erringen.  
In der jetzigen Diskussion kommt es nicht so sehr darauf an, was geschrieben und gesagt wird, sondern darauf, was die Partei in dieser Auseinandersetzung gewinnt.  
Die KAPV. führte im vergangenen Jahre zwei große Diskussionen mit dem Trozkismus durch. Beschäftigte sie sich damit nur mit den Fehlern der Trozkisten? Nein! Sie benutzte den Kampf, um in allen Zellen der Partei, in allen Organisationen, von der untersten bis zur obersten, die Geschäfte und das Wesen des Leninismus klar herauszuarbeiten. Sie benutzte den Kampf, um die Parteidemokratie durchzuführen, um die Hunderttausende neuer Arbeiter des Leninaufgebots zu gewinnen, um die neue Bauernpolitik zu beginnen, um den Sowjetapparat zu beleben usw.  
Wenn wir jetzt mit der Gruppe Maslow-Ruth Fished um die künftige Linie der deutschen Partei kämpfen, so müssen wir dies nach dem Muster der Bolschewiki tun. Die Diskussion darf nicht nur „oben“, in den leitenden Instanzen, den Bezirksleitungen, Ortsleitungen usw. geführt werden, sondern sie muß tief in die Massen der Mitgliedschaft dringen. Ihre Entscheidung muß in den Mitgliederversammlungen und Betriebszellen fallen.  
Die gegenwärtige Auseinandersetzung muß für die Partei mindestens folgende drei Resultate dringen:  
1. Die endgültige und vollständige Überwindung der Fehler der Gruppe Maslow-Ruth Fisher.  
2. Klarheit aller Parteimitglieder über die nächsten praktischen Aufgaben der KAPD, über den inneren Aufbau der Partei, über das Verhältnis der Führung zur Mitgliedschaft, der Kommunisten zu den Arbeitermassen und der gesamten Partei zur Komintern.  
3. Die Öffnung neuer Wege zu den sozialdemokratischen Arbeitern im Betrieb und in den Gewerkschaften. Wir führen diese Diskussion ganz bewusst nicht nur für uns selbst, sondern vor der gesamten Arbeiterklasse. Wir kritisieren und diskutieren nicht in der Dunkelkammer, nicht nur in geschlossenen Mitgliederversammlungen, sondern wir sprechen vor allen deutschen Arbeitern über unsere eigenen Fehler. Keine sozialdemokratische Partei der Welt hätte es wagen dürfen, ein solches Dokument der rücksichtslosen Selbstkritik zu veröffentlichen, wie der Brief der Exekutive an die deutschen Parteimitglieder. Wir konnten es wagen, weil die KAPD. stark genug ist, um mitten im Feuer des Feindes ihren Kurs zu ändern.  
Die SPD-Presse möge jeden Abend nachdrucken und ver-spotten, was die KAPD-Presse am gleichen Morgen zur Partei-lage schrieb. Wir können ruhig zuhören, wie die Stampfer und Silberbering unserer Diskussion nachschaffen — denn das ist ihr Beruf.  
Uns kommt es nicht darauf an, den sozialdemokratischen Führern zu gefallen, sondern uns kommt es — nach dem Wort von Engels — darauf an, „das Ohr der Arbeiterklasse zu gewinnen“.  
Und hierin liegt der innerste Sinn unserer Parteidiskussion: Uns noch enger mit den Massen zu verbinden, in den Gewerkschaften eine breite Front für den Klassenkampf zu schaffen, das Ohr der Arbeiterklasse zu gewinnen!

# Geheimnisse der deutschen Sicherheitspolitik

Es wird jetzt bekannt, daß zwei Vertreter der deutschen Regierung sich inoffiziell in Wien befanden, um Fühlung mit den italienischen Diplomaten über die Sicherheitsfrage aufzunehmen. Es ist das erste Geheimnis, das von Wien, der Völkerbundreferent des Auswärtigen Amtes, der als Gegner des deutschen Eintritts in den Völkerbund gilt, ferner der Staatssekretär Gewalt, ein üblicher Vorkämpfer der nachwiltelminischen Zeit, der sich bisher in der Völkerbundsfrage nicht festgelegt hat. Besondere geistige und diplomatische Leistungen wird niemand von Herrn Gewalt erwarten.

Inzwischen haben die führenden Persönlichkeiten der deutschen Regierung an der Nordsee, Grafenmann erholte sich auf Nordsee nach dem Strapazen seines Sommerfeldzugs und Luther auf Sylt. Man hat aber den Eindruck, daß die beiden Herren nicht nur zum Vergnügen zum Nordseeurlaub spazieren, sondern daß sie den Wortlaut benutzen, um nicht in Berlin zu sein und sich vor Entschuldigungen zu drücken. Im Prinzip ist ja die Reichsregierung längst für den Völkerbund und für den Sicherheitspakt. Aber man weiß noch nicht, wie man es den Schwarz-weiß-roten Wählern sagen soll. Darum hat Jäger, der ergebnislos streifte, über Grafenmann nach Kaufmann befragen soll. Grafenmann möchte zur Rückendeckung Schiele und Luther miteinbringen. Der deutschnationale Innenminister soll keine Unterstützung zu den Abmachungen in Kaufmann geben und dadurch seine Partei binden. Denn Schiele ist der offizielle Vertrauensmann seiner Partei in der Lutherregierung. Er war ja als Nachfolger Jägers der deutschnationale Parteivorsitzende, bevor er ins Innenministerium berufen wurde. Schiele erhielt die Leitung der Partei, weil er eine schwebende Mittelstellung zwischen dem völkischen Flügel, der deutschnationalen unter Freytag-Loringhoven und dem Schwerindustrie-Flügel unter Jägerberg einnahm. Schiele als neutraler Mann konnte beide Flügel abwechselnd befriedigen.

Im Reichsministerium schwankt er demgemäß hin und her, heute befaßt er die Politik Grafenmanns, um sie morgen zu unterstützen. Der Reichsminister Luther selbst ist in erster Linie darauf bedacht, seine Regierungskoalition aufrechtzuerhalten. In der Sache will er das Beste wie die Schwerindustrie. Das heißt, er ist für Völkerbund und Sicherheitspakt und für die Weltorientierung, aber er möchte es mit den Schwarz-weiß-roten Verbänden, mit den nationalistischen Mittelstufen nicht ganz verderben.

Auf die sogenannten vaterländischen Verbände, auf die „Deutsche Zeitung“, auf die alldeutschen und den ganzen Kreis der völkischen Opposition wirkt die Person Grafenmanns wie das rote Licht. Darum hat Luther sich in den letzten Monaten mehrfach mit dem Gedanken getragen, Grafenmann als Person in die Wüste zu schicken, um dann mit einem nichtkompromittierten Außenminister die Streikpolitik weiter zu machen.

Seitdem ist das persönliche Verhältnis zwischen Luther und Grafenmann sehr gespannt. Grafenmann und Schiele sind beifügig verfeindet. Ob also Luther und Schiele den Wunsch Grafenmanns erfüllen und nach Kaufmann mitkommen werden, ist außerordentlich zweifelhaft. All diese Intrigen und persönlichen Gegenstände können zwar die Entscheidung herausziehen, im wesentlichen wird doch gesehen, was der Reichsverband der Industrie will. Aber es ist doch charakteristisch, mit welcher schlechtem Gewissen die leitenden deutschen Staatsmänner in die Verwirrung hineingehen. Herr Grafenmann läßt in den ihm nachstehenden Vorkämpfern einen Feldzug gegen Luther und Schiele beginnen. Das Ganze ist ein erbärmliches Spiel. Die Außenpolitik der Lutherregierung ist genau so kläglich und leichtfertig, wie sich ihre Innenpolitik bei den Zoll- und Steuerfragen erwies.

## Zur Lohnbewegung der Eisenbahner

Die Verwaltung der Danzabahn treibt ein gefährliches Spiel. Nicht nur den Eisenbahnarbeitern, sondern auch den Besatzungen wird eine allgemeine Erhöhung der Bezüge verweigert. „Keine Lohnerhöhung ohne Tarifserhöhung“ — und Tarifserhöhung macht den Preisabbau unmöglich — das sind die althergebrachten Maximen, mit denen die Verwaltung operiert, um ihren abnehmenden Standard zu erhalten. Und die Reichsregierung und die Schwerindustrie stimmen mit ein in dieses Konzert. Diese Töne sind den Eisenbahnern wohlbekannt. Es ist nicht das erste Mal, daß die Eisenbahner mit dem Hinweis auf eine Preisabnahme vertrieben und schließlich bezogen wurden. Wenn man das geradezu provozierende Hand-in-Hand-Arbeiten der Reichsbahnverwaltung mit der von der Schwerindustrie konzipierten Reichsregierung betrachtet, kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß auch diesmal die Eisenbahner geprellt

werden sollen. Es ist nach all dem höchst sonderbar, daß die Eisenbahnergewerkschaften sich wiederum auf eine Schlichtungsmöglichkeit eingelassen haben. Selbst wenn ein neuer Schlichter ernannt wird, so ist er doch ebenfalls wetter nichts, als ein Verwaltermann der Reichsregierung! Mag sein, daß ein neuer Schlichter nicht so ungeschick operieren wird, wie dieser Oberbürgermeister Bietzen; aber ist dadurch den Eisenbahnern geboten, daß ein geistloser Ausbeutervertreter sie einschleichen soll? Nicht im geringsten. Es ist vollständig gleichgültig, ob die Eisenbahner durch mehr oder weniger geschickte Schlichter um die Wagne und Gehälter geprellt werden.

Wenn die Eisenbahnergewerkschaften mehr Gewicht auf die Vorbereitung einer gemeinsamen Aktion der Eisenbahnarbeiter und Beamten legen würden als auf die Entscheidung eines geschickten Schlichters, müßte schließlich auch die mit der Reichsregierung verbundene Eisenbahnverwaltung nachgeben. Es ist ganz klar, daß bei einem offenen Kampf, bei dem Eisenbahnarbeiter und Beamte geschlossen auftreten und nach einem einheitlichen Plan handeln, die Verwaltung sehr schnell unterliegen muß.

Wenn die Reichsbahnverwaltung so offen wie bei dieser Lohnbewegung durch alle nur denkbaren Mittelzüge und was besonders wichtig ist, mit Unterstützung des Arbeitsministeriums, die Lohnregelung endlos verschleppt, dann haben die Eisenbahner keine Veranlassung Rücksicht zu nehmen, auf die Folgen, die durch einen von der Arbeitgebergewerkschaft verursachten Streik entstehen könnten! Die Verwaltung zeigt durch ihr Verhalten, daß sie es auf einen Kampf sämtlicher Eisenbahner ankommen läßt. Wenn jetzt die Eisenbahner vor dem Kampf zurückweichen würden, dann hätte die Bourgeoisie ihr Ziel erreicht. Die Eisenbahner: bleiben weiter die Lohnrinder.

## Schlichterbruch für die Eisenbahner

Heute Nacht 11 Uhr wurde für die Eisenbahner der Schlichterbruch gefällig. Unter Berücksichtigung der allgemeinen Wirtschaftslage und der Preisentwertung-Aktiva der Regierung bleiben die Grundlöhne unverändert. Die tarifliche Zulage der Direktionsbezirke gelten als tarifliche Zulage. Die Schichtzulage wurde von 10 auf 20 Pfa. erhöht. Erklärungsfrist bis 15. September. Der Schlichterbruch wurde mit dem Stimmen des Schlichters, der Unternehmer und Arbeitervertreter der Spruchkammer gefällig. Die Vertreter der Eisenbahner-Verbände aber lehnen den Schlichterbruch ab.

## Der Bergelot im Hauptauschub des Landtages

Am Mittwoch, den 9. September, begann der Hauptauschub des Preussischen Landtages mit der Beratung des Bergelots. Der preussische Handelsminister Dr. Schreiber sprach hierbei über die Kohlenkrise Deutschlands und die Versuche zu ihrer Behebung. Dabei teilte er mit, daß die staatlichen Gruben des Direktionsbezirks Reddinghausen 25 1/2 Millionen Mark Zuschuß erfordert hätten. Im Ruhrbergbau seien bis Ende August 27 Zechen und 6 Kokereien vollständig stillgelegt und 57 Zechen schon zum Teil eingeschränkt. Dabei sind 46 600 Bergarbeiter entlassen worden, die nur zu einem geringen Teil in anderen Industrien beschäftigt gefunden haben. Ein anderer Vertreter des Staatsministeriums trat für die Beschäftigung der Bergarbeiter bei der Moor Kultivierung ein, da es nicht möglich sein werde, auf die Dauer die Bergarbeiter mit Notstandsarbeiten zu beschäftigen.

Der deutschnationale Abgeordnete Dr. v. Waldhausen und der Volksparteiler Dr. Vinkernell verlangten bessere Unterstützung der Grubenkapitalisten durch die Regierung. Vinkernell betonte, daß die Regierung besonders die Aufgabe habe, die deutschen Grubenbesitzer im Konkurrenzkampf mit den Engländern zu unterstützen. Mit anderen Worten, die Grubenbesitzer wollen weitere Millionen aus dem Steuerfädel haben. Auch hier erhoben die Vertreter des Grubenkapitals die Forderung nach Abbau der sozialen Lasten und Steigerung der Leistungen der Bergarbeiter.

Von unseren Genossen ging der Genosse Sobotta in längeren Ausführungen auf die Kohlenkrise ein und zeigte, daß durch die Maßnahmen der Regierung und der Grubenkapitalisten keine Lösung der Krise herbeigeführt wird, sondern nur eine härtere Verelendung der Bergarbeiter. Gegen diese Verelendung gäbe es, den Kampf zu organisieren. Vor allem gegen die, die mit der Existenz der Bergarbeiter Schändlicher treiben.

Mit mehreren Beispielen wies Genosse Sobotta nach, was geprellt werden könnte. Jeden, die vor dem Kriege 3311 Mann Belegschaft, darunter 132 Beamte, hatten, haben jetzt 2825 Mann Belegschaft, darunter 172 Beamte. Eine andere Zechen hatte 1913 1197 Belegschaftsmitglieder, davon 61 Beamte. 1924 waren dagegen 1237 Belegschaftsmitglieder, davon 118 Beamte vorhanden; also nur 41 Arbeiter, 57 Beamte mehr als vor dem Kriege. Genosse Sobotta wies dabei darauf hin, daß es sich durchweg um hohe Beamte handelt, die dazu noch in die Tausende Mark Monatsgehälter beziehen und forderte energischen Abbau dieser Posten von der Bergarbeiterschaft. Wenn man von Befestigung der unproduktiven Kräfte im Bergbau spreche, so sei hier der Hebel anzusetzen. Ebenso wies Sobotta auf das Luxusleben der Grubendirektoren hin. Bei einer Bergwerksverwaltung war vor dem Kriege ein Gärtner beschäftigt zur Instandhaltung des Gartens bei der Direktorenwohnung. Jetzt haben diese Herren 6 Gärtner beschäftigt. Bergdirektoren, die vor dem Kriege einen Kutscher beschäftigten zur Bedienung der Herren Direktoren, haben heute 5 oder mehr Autos mit Chauffeur oder mehr Chauffeuren. Das sind Zustände, die beseitigt werden müssen.

## Der englische Gewerkschafts Kongress

(Sig. Drahtber.) London, 11. September.  
In der Sitzung des Gewerkschaftskongresses am Donnerstag nahmen die Delegierten zunächst eine Entschliessung an, in der für die Opfer der Arbeitsunfälle, deren Arbeitsunfähigkeit 100 Prozent beträgt, eine Entschädigung verlangt wird, die auf keinen Fall unter 2/3 des Mindestlohnes liegen darf. Ein Redner bemerkte, daß die Zahl der Arbeitsunfälle in Großbritannien beständig sei. Die Zahl der Arbeitsopfer nach dem Friedensschluß überschreite 200.000. Darauf hielt der Vertreter der Gewerkschaften der Sowjetunion, Genosse Kowal, seine schon mitgeteilte Rede. Brombe, der Vertreter des Generalsekretariats, erörterte darauf die Frage der Zusammenarbeit der Trade-Union und meinte, das Problem müsse mit Vorbehalt angefaßt werden. Man müsse für die nationalen Organisationen eine große Selbständigkeit bestehen lassen, aber ein regelmäßiges Zusammenarbeiten aller Trade-Unionen der Welt zum gemeinsamen Wohl des Proletariats vorsehen und erleichtern. Das habe einen nicht geringen Vorteil im Gefolge, nämlich zur Festigung des internationalen Friedens beitragen. Die Rede Brombe's erzielte lebhaften Beifall. Es wurde eine Entschliessung angenommen, die den Generalrat auffordert, auf dem beschleunigten Wege zur Schließung einer internationalen Föderation der Arbeiter fortzuschreiten. Ein Delegierter erwähnte den Brief Sinowjews und benutzte die Gelegenheit zu einem Ausfall gegen Mac Donald. Dieser fand jedoch einen Verteidiger in Thomas. Die Verammlung beschloß, die Aussprache hierüber bis zu einer Generaldebatte über diese Frage zu vertagen. Ein Mitglied des Büros brachte einen Antrag über die Handelsbeziehungen mit Russland ein. Es sei sehr zu bedauern, daß durch das Verhalten der englischen Bankiers England bedeutende russische Aufträge verloren habe. Eine starke Stellung auf dem russischen Markt sei wichtig für England und die internationalen Interessen. Die Trade-Union habe die Absicht, von der Regierung zu verlangen, daß sie ihren ganzen Einfluß bei den Kapitalisten einsetzt, um den Handel mit Sowjetrußland stärker zu beleben.

## Preffestimmen zum Urteil im Maslow-Prozess

„Berliner Tageblatt“: „Diese Darstellung der Urteilsgründe ergibt, daß Maslow die Teilnahme an einem irgend wie näher bestimmten Putsch oder Umsturzversuch nicht zur Last gelegt oder gar nachgewiesen worden ist. Das Urteil selbst hebt sogar noch ausdrücklich hervor, daß Maslow gerade in der entscheidenden Zeit fünf Monate in Rußland war und auf die Ereignisse in Deutschland keinen direkten Einfluß ausüben konnte.“  
„Dadurch wird das Urteil des Staatsgerichtshofes vollends unbegründlich und man fragt sich vergebens, weshalb denn nicht mindestens die Amnestie, auf Grund deren das Verfahren gegen seine Mitangeklagten Orlewicz, Schumacher und Schloch ein gestellt wurde, auch auf ihn ausgedehnt worden ist.“  
„Es wird notwendig sein, daß dieses Fehlurteil im Wege der Strafrechtsbegnadigung aus der Welt geschafft wird.“  
Der „Vorwärts“ stellt wohl fest, „auf wie schwachen Füßen die Beurteilung beruht“. Eine Konsequenz wäre das „Berliner Tageblatt“ zieht er aber nicht. Er begnügt sich lediglich mit der Binsenwahrheit, daß einem Deutschschwedener unter diesen Umständen sicherlich nichts passiert wäre. Die übrige Presse schweigt sich über den neuesten Justizskandal aus.

# TASCHKENT DIE BROTREICHE STADT

ALEXANDER NEWEROW  
18 NEUER DEUTSCHER VERLAG — BERLIN W 3

Diese Ansicht ließ Prochor aufstauen. Er rühte unruhig neben Mischla hin und her, bekam eine ganz freundliche Stimme: „Das wäre sein, Junge... Du weisst ja selbst, wie es mit uns gemeinlich steht... Alles wird einem weggenommen!“  
„Wenn ich da bin, nimmt man es schon nicht weg...“  
Ein anderer Bauer gestellte sich zu ihnen. Es tat wohl, diesem Gespräch zuzuhören.  
„Warum steigt du, Junge, kein einziges Mal aus?“  
„Wozu denn?“  
„Um den Weinen ein wenig Bewegung zu machen.“  
Mischla lächelte.  
„Wozu brauchen meine Beine Bewegung?“  
Die Bauern hatten sich an dem warmen Essen genötigt, wurden heiterer. Drei von ihnen legten sich den Frauen auf den Schoß, drei öffneten ihre Beutel, um das Geld nachzurechnen. Einer hatte einen ganzen Haufen Zarenpapiergegeld vor sich hingelegt, ein anderer hatte sich Silbermünzen in den Schoß geschüttelt. Die drei Frauen auf dem Schoß lagen, starrten ein Geb an, Teropla ließ davon, seine Uhr verkaufen.  
Den ganzen Tag gingen Völker durch die Wagen: Frauen mit Kindern, harthäutige Bauern. Sie sammelten die weggenommenen Knochen auf, schauten durch die Wagentüre mit schmerzlichen, eingefallenen Augen. Sie weinten, fluchten, fluchten die Hände aus. Mischla bekam Angst beim Anblick des fremden Hungerleides. Wenn man nur diesen Ort schnell verließ! Gut, daß ihn die Bauern glaubten, sonst hätten sie ihn aus dem Wagen hinausgeworfen. Die brauchen ihn gerade!  
Gegen Abend verpackte Mischla Drang zum Aussteigen, doch der Wagen wurde er nicht verlassen.  
Mischla biß die Zähne zusammen, zog die Gebärme ein, daß sie fast platzen. Was war er doch dumme! Hat so viel Wasser getrunken, dachte nur bis zur nächsten Station. Jetzt kann er es nicht länger aushalten, sonst geht's... noch was.

Lange bewegte sich Mischla unruhig hin und her, zog den Bauch ein, drückte die Gebärme nach innen, biß die Zähne zusammen. Er konnte es nicht länger aushalten, sah sich um. Im Wagen wenig Menschen. Zwei Frauen sahen mit dem Rücken zu ihm, ein Bauer lang in einer Ecke: „Und die Cherubime...“  
Mischla lehnte die Schulter an die Türe, als schau er auf die Station hinaus, und begann, leise sein Wasser abzulassen, damit es kein Geräusch machte.  
„Gott sei Dank! Fertig!“  
21.  
Nachts schlugen die Bauern Lärm, stampften durch den Wagen, von Unruhe erfaßt. Teropla kam wie ein Irrsinniger gelaufen.  
„Der Wagenschiff will nicht weiterfahren! In den hinteren Wagen wird Geld für ihn gesammelt. Wenn wir hier hiedern bleiben, wird es nur noch mehr kosten.“  
„Was muß man geben?“  
„Hundert Rubel pro Kopf.“  
„Diese Gauner!“  
„Still, Du bist zwar, schimpf nicht! Bleiben wir hier stehen, kostet es noch mehr!“  
Die Bauern sahen sich in den dunklen, überfüllten Wagen im Kreise, fluchten die zitternden Bäute vor wie struppige Hexen, öffneten unwillig die Hofentwürfe, zogen mit zitternden Händen aus den Unterhosen die wohlverwahrten Zehn rubelgehörne. Schwer ist die Bauernlospete verdient! Die Geldheime rascheln im Dunkeln, die zerkauten Bäute bewegen sich hin und her, klopfen einander.  
„Haben alle gegeben?“  
„Ne.“  
„Und der Junge?“  
„Red ihn mal!“  
„Se du, Kesse! Gib Geld!“  
Mischla will den Kopf in den... zittern, doch die Beine klammern vor. Verbirgt er die Beine, dann schaut der Kopf vor. Und die Bauern stehen um ihn herum und zupfen ihn von allen Seiten.  
„Hörst du denn nicht?“  
„Gib Geld her!“  
Mischla darf nicht lange überlegen, sonst durchhauen ihn

die Bauern; ohne zu überlegen geht es aber auch nicht. Mischla hebt den Kopf, langt unzufrieden in die Tasche.  
„Wer hat eine Schere?“  
„Wozu brauchst du sie?“  
„Um das Futter aufzutrennen. Da ist das Geld eingeklebt.“  
„Marja, gib ihm ein Messer!“  
Mischla fand einen Fehlen Papier in der Tasche, den er auf einer Station aufgehoben hatte, sagte laut, indem er die bebende Hand ausstreckte:  
„Wer sammelt das Geld? Hier, nimm!“  
„Wienel?“  
„Hundert!“  
Der dunkle Wagen hatte ihn gerettet.  
Teropla zerdrückte Mischlas Papier in der schwitzenden Faust, ließ weg, den Mischlinen suchen. Vor Aufregung schwindelte Mischlas Kopf, sein Herz schlug stürmisch vor Freude.  
„Das sind Menschen! Habe ihnen vom Onkel vorgelesen, sie glaubens. Habe ihnen statt Geld Papier zugesteckt, sie glaubens.“  
Entweder hatte Mischla Glück, oder aber die Bauern waten sehr dumme, Merkwürdig!  
Und doch war es unheimlich.  
Teropla kam zurückkommen und sagen:  
„Werst diesen Gauner aus dem Wagen! Er hat mit einfaß Papier in die Hand gedrückt...“  
Mischla preßt den Kopf mit beiden Händen vor Angst, denkt nach. Er macht sich über Teropla, den Bauer aus Buzjak, lustig, gleichzeitig steht ihm aber unter dem Hemd die Angst wie mit Nadeln.  
Teropla kehrt zurück, flüstert den Bauern zu:  
„Genaht! Dreihundert Werst fahren wir mit dieser Lokomotive, ohne zu halten. Wir sind auf einen guten Maschinisten geraten. So, sagte er, Genossen, werde euch im Nu hinführen, denn ich verstehe Ihre Lage ganz und gar.“  
„Der war also richtig!“  
„Gerade so einen brauchen wir!“  
„Das ist schon.“  
Auch Mischla lächelt im Dunkeln.  
„Das ist aber fein!“

(Fortsetzung folgt.)

# Freiberger über Sowjetrußland Eine Unterredung

Der „Welt am Abend“ wird von ihrem Münchener Mitarbeiter geschrieben:

Unmittelbar nach der Rückkehr der vier von den Münchener Betriebsräten nach Sowjetrußland entsandten Delegierten Freiberger, Baer, Kahlberger und Helmert, nahm ich Gelegenheit, mich mit Freiberger, dem sozialdemokratischen Führer der deutschen Delegation (er ist Vorsitzender der Münchener Betriebsräte und im Münchener Holzarbeiterverband) und seinem Mitdelegierten Baer, der ebenfalls der SPD angehört, über ihre Erfahrungen in Sowjetrußland zu unterhalten und an sie einige Fragen zu richten, deren Antworten ich nachstehend wiedergebe:

1. Es ist unter heftiger Einwirkung, daß die Sowjetregierung von der überwiegenden Mehrheit der Industriearbeiterklasse, der Armen und der mittleren Bauern gestützt wird.

2. Die Sowjetschönen und keine abgeschorenen Körperchen, sondern lebendige Einrichtungen, die als die gescheiterten und ausbleibenden Betriebsratsverfassungen der russischen Arbeiter und Bauern angesehen sind.

3. Die Russische Kommunistische Partei ist ohne Zweifel in ihrem Kern eine Partei des industriellen Proletariats.

4. Die Rote Armee ist keine selbständige militärische Macht neben den Sowjets oder auch der Russischen Kommunistischen Partei, sie ist vielmehr unter der Führung der Kommunistischen Partei die bewaffnete Arbeiter- und Bauernklasse.

5. Die Gewerkschaften haben auch in Sowjetrußland wie bei uns zunächst für die täglichen Bedürfnisse der Arbeiter zu sorgen. Darüber hinaus spielen sie aber beim sozialistischen Aufbau der Sowjetwirtschaft eine wichtige Rolle, während unsere Gewerkschaften sich diese Möglichkeit erst zu erobern haben. Im allgemeinen kann man sagen, daß die russischen Arbeiter die Realisierung der Wirtschaftlichkeit fast erreichen oder bereits überschritten haben. So kommen sich die Metallarbeiter im Ural auf 82 Prozent des Erdenlohnes zu stellen. Die Buchdrucker haben schon 116 Prozent erreicht. Lebensmittel sind genug zu haben. Im großen und ganzen sind die russischen Arbeiter nicht schlechter ernährt als die Deutschen. Natürlich gibt es beträchtliche Unterschiede, entsprechend der ganzen Struktur des Sowjetstaates. Infolge Mangels an Deckstoffen sind die russischen Arbeiter etwas in der Kleidung gegenüber den Deutschen zurück. Die Monatslöhne betragen 2 bis 5 Rubel. Der Wohnungsnot, die selbstverständlich auch in Rußland noch nicht überwunden ist, sucht man durch den Bau von Blockhäusern abzuwehren.

6. Entscheidend ist aber für die materielle Lage der russischen Arbeiter und Bauern, daß die russische Wirtschaft sowohl die industrielle wie die landwirtschaftliche, sich stetig vorwärts entwickelt. Der technische Apparat wird erneuert, nach und nach verschwinden die stillgelegten Betriebe, deren wir nur noch wenige gesehen haben. Ingenieure haben uns erklärt, daß sie heute lieber unter den Sowjets als unter dem Zaren arbeiten. Der Einbruch des wirtschaftlichen Fortschritts des Sowjetstaates war für uns ein ungeheurer. Die intellektuellen arbeiten heute in ihrer großen Mehrheit mit der Sowjetregierung zusammen. Wenn sie Spezialisten und Ingenieure sind, erhalten sie bis zu 500 Rubel Monatsgehalt, um ihren Eifer anzuspornen. Laut einem Beschluß der RKP, erhalten dagegen die Volkskommissare nicht mehr als 100 Rubel monatlich, abgesehen von den Spesen, die mit ihrer Funktion verbunden sind. Die Kommissare wohnen zum Teil im Kreml, und zwar in den Räumen, die unter dem Zaren von der Dienerschaft benutzt wurden. Der Privatwirtschaft wird von der staatlichen Industrie, dem staatlichen Handel und von den Genossenschaften hart zusehrt. Ohne Zweifel verengt sich der Kreis immer mehr, innerhalb dessen die Privatwirtschaft eine Rolle spielt.

7. Ein einigermaßen heißes Thema war für uns Georgien und die Behandlung der menschenwürdigen und sozialrevolutionären Gegner des kommunistischen Sowjetregimes. Im Gefängnis von Swerdlow erhielten wir von einigen politischen Gefangenen keine Auskunft. Sie sagten, sie hätten kein Vertrauen zu uns, weil wir im Auto und im Sonderzug gekommen wären. Im allgemeinen genossen die politischen Gefangenen die weitestgehenden Freiheiten. Sie erhalten Urlaub über Sonntag, Ernteurlaub. Die Gefängnisse sind auf das fortschrittlichste eingerichtet. Baer hat auf seiner Reise nach Georgien die Zitate Eiliss unangenehm besucht und neben drei Nationaldemokraten vier Sozialdemokraten angetroffen, die wegen ihrer Beteiligung am Aufstand vom vorherigen Jahre zum Tode verurteilt und zu 10 Jahren Gefängnis begnadigt wurden. Baer sprach mit dem Leiter des Aufstandes, Andronikashvili, der das Urteil als gerecht ansieht und sich nur gegen die Beschuldigung wehrt, daß er für die Morde verantwortlich sei, die während des Aufstandes begangen wurden. Andronikashvili ist heute von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den Sowjets überzeugt. In Eiliss sprach die Delegation mit 35 Menschen, die 35, 30 und nicht unter 10 Jahren der menschenwürdigen Partei angehören. Sie erklärten, daß sie die menschenwürdige Partei aufgelöst hätten, weil sich die Entwicklung im Sinne der Arbeiter vollzöge. Baer hat auch mit georgischen Bauern gesprochen, die ihm sagten, daß sie erst unter dem Regime der Bolschewisten ihren Grund und Boden gesichert erhalten hätten. Noch ehe die russische Rote Armee zur Unterjochung der georgischen Kommunisten einmarschierte, habe es eine starke Ödang gegen die menschenwürdige Regierung gegeben, die sich gewollt oder ungewollt in Abhängigkeit von den Ententestaaten befanden hat. Für die Sowjetunion sei der Besitz der Naphthaquellen, die von den Engländern mit Beschlag genommen waren, eine Lebensnotwendigkeit gewesen, erklärte der Präsident von Sowjet-Georgien, Sliawa.

Die deutsche Arbeiterdelegation hat die Zustimmung erreicht, daß die georgischen Gefangenen binnen kurzem freigelassen werden. Die Sowjetregierung ist auch bereit, die übrigen gefangenen Gegner von der menschenwürdigen Fraktion zu befreien, wenn die 2. Internationale ihrerseits alles tut, um die proletarischen Gefangenen in den kapitalistischen Staaten den Gefängnissen und Zuchthäusern zu entreißen.

8. Auf Grund unserer Erfahrungen in Sowjetrußland — erklärten mit Freiberger und Baer — sind wir davon überzeugt, daß der Zusammenstoß der Roten Gewerkschaftsinternationale mit der Amsterdamer eine Notwendigkeit für die internationale Arbeiterklasse ist.

9. Die Sowjetunion verfolgt keinerlei imperialistische und repressiven Ziele. Wozu auch? Der ruhige und gesicherte, von außen her nicht gestörte sozialistische Aufbau der russischen Wirtschaft wird für die Sowjetunion eine mächtigere Waffe sein als die Rote Armee oder teuffische Manöver, die man der Bolschewisten unterstellt. Hat nicht die gesamte Internationale einmal die russischen Arbeiter mit allen Mitteln unterstützt? Und jetzt soll es nicht das gute Recht und die verdammte Pflicht der regierenden russischen Arbeiterklasse sein, ihre Arbeitsbrüder im Auslande zu unterstützen? fragte uns Einowjew.

10. Man muß sich an den regierenden russischen Kommunisten ein Beispiel nehmen: Sie verheißeln und verheißeln nicht ihre Mängel, sie liegen sie rückwärts, um die russischen Arbeiter zu ihrer Befreiung anzuspornen.

11. Den Bericht der englischen Gewerkschaftsdelegation hatte ich in allem Wesentlichen, was die mitgeteilten Tatsachen angeht, für richtig und kann ihn nur in einem Sinne ergänzen, der für die Sowjetunion günstig ist. Die deutsche Arbeiterdelegation wird das Material, das sie auf ihrer Reise nach Sowjetrußland gewonnen hat, in einem schriftlichen Bericht niedergelegen und der Öffentlichkeit zugänglich machen.

# Die 2. Internationale für das bulgarische Blutregime

Die Fenster der Zankoff-Regierung sind gerade dabei, neue Morde zu begehen. Vier neue Todesurteile sind gefällt worden, über 80 ebenfalls verurteilte Revolutionäre sitzen in der steten Gefahr, daß an ihnen die Todesstrafe vollstreckt wird. In allen Ländern erheben sich in den Kreisen, die nicht ganz und gar mit den weißen Helfern verbunden sind, Proteste gegen diese ungeheuerlichen Zustände. Da ist es um so wichtiger, zu erfahren, welche Haltung der Marxeiler Kongreß der 2. Internationale, die doch vorgibt, den Zankoff-Terror zu bekämpfen, eingenommen hat, als es galt, wenigstens die Stimme zu einem offenen Protest zu erheben. Einen Beweis einer unglaublich feigen und niederträchtigen Gesinnung dieser „Internationalen“ liefert ein Dokument, das ein Mitglied der revolutionären bulgarischen Bauernpartei in der Pariser „Humanité“ veröffentlicht.

Der bulgarische Bauernpartei, der als Journalist dem Marxeiler Kongreß beiwohnte, hoffte, den Kongreß zu einem Protest gegen das mörderische Zankoff-Regime zu bewegen. Er verfaßte eine Resolution folgenden Wortlauts:

„Der 2. Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationalen in Marxeile erfährt mit Grauen und Entrüstung, daß die terroristische Regierung Bulgariens in der letzten vier Monaten ohne Urteil und lediglich auf den Belagerungszustand gestützt, Tausende von Bauern, Arbeitern und Lehrern hat ermorden und durch ihre Kriegsverbrechen mehrere Hunderte weiterer Opfer hat zum Tode verurteilen lassen, die von einem Augenblick auf den anderen erwarten, gehängt zu werden.“

Wir betrachten es als unsere Pflicht, die zivilisierte Welt und besonders die internationale Arbeiterklasse zum Protest gegen die Mordepolitik des Zankoff-Regimes aufzurufen, wir verlangen, daß der Belagerungszustand aufgehoben und die Todesurteile widerrufen werden.

Wir sind überzeugt, daß die Existenz und der Frieden nicht nur des bulgarischen Volkes, sondern aller Balkanvölker bedroht sind, solange die jetzige militärische und terroristische Clique an der Macht bleibt.

Wir appellieren daher an alle Kräfte der bulgarischen Demokratie, sich zu vereinen, um diesem unglücklichen Lande den Frieden und die Sicherheit, die es voll und ganz verdient hat, zu geben.“

Die Annahme dieser Resolution hätte die Hamburger Internationale zu nichts verpflichtet — besonders infolge des verschommenen Schlußabganges —, sie hätte aber durch die scharfe Kennzeichnung und Verurteilung des Zankoff-Regimes eine gewisse moralische Wirkung in Bulgarien selbst und in anderen Ländern ausgeübt.

Der Verfasser der Resolution bemühte sich vorerst, die Unterschrift einer Anzahl Delegierten zu erhalten, damit die Resolution dem Plenum vorgelegt werden könnte. Es gelang

ihm auch, die Unterschrift folgender Sozialistenführer zu erhalten:

Loebe, Breitscheld (Deutschland), Otto Bauer, Wendogen (Österreich), Kunfi (Ungarn), Jean Languet (Frankreich), Dolan, Marlen (England), Sillquist, Victor Berger (Amerika). Um weitere Unterschriften zu erhalten, begab er sich zu dem deutschen Parteivorstand Hermann Müller. Dieser schenkte seinen Genossen Loebe und Breitscheld mit gutem Kopf an, wie sie sich erdreisten konnten, auf eigene Faust die Resolution zu unterschreiben.

„Wir können das nicht zulassen, wir würden Satzung trachten“,

der wie ihr wißt, gegen die Resolution ist“, sagte Müller wörtlich. Kein Wunder, daß „Safalow gegen die Resolution ist“, er ist nämlich der bulgarische Sozialist, der der Zankoff-Regierung angehört hat. Müller wollte das Papier mit dem Unterschriften zerreißen. Erst Adler blies ihm Horn Müllers. Er erklärte dem Bauernpartei, daß die Resolution nicht angenommen werde, so viele Unterschriften er auch bekommen werde und verbot ihm schließlich, weitere Unterschriften sammeln zu gehen. Angeekelt verließ der Bulgare den Kongreß und verzichtete darauf, von dieser Gesellschaft eine Unterstützung der gefolterten Arbeiter und Bauern Bulgariens zu erhalten.

Ein Mitglied der englischen Delegation sagte zu ihm, als er seinen Mißerfolg erzählte: „Darüber wundere ich mich gar nicht, es sind alle gegen einen solchen Antrag.“

Diese Leute sind keine Sozialisten, die sind höchstens wie unsere Liberalen.“

Die bulgarischen Sozialisten, die in die Regierung Zankoff eingetreten sind, die sich durch einen Ruchhandel mit Zankoff 30 Sitze in der Sobranie (Kammer) gekauft haben, die im Ausland als Pressevertreter der Regierung Zankoff eine aktive Propaganda für sie betreiben, die dürfen nicht vom Marxeiler Kongreß desavouiert werden. Der gegenwärtige Führer der bulgarischen Sozialisten, Wainoff, konnte vor einigen Wochen in seinem Organ schreiben,

daß „die Kriegsverbrechen in Bulgarien eine sehr nützliche Aufgabe erfüllen“,

ohne daß sich aus dem Lager der 2. Internationale der leiseste Protest erhoben hätte.

Ist ja doch auch ein Bruder des Helfers Zankoff ein hervorragender Führer der bulgarischen Sozialisten, der alles versucht, um sie zu einer färmlichen Billigung der „Arbeit“ seines Bruders Professor zu bringen.

Es wird wirklich höchste Zeit, daß die SPD-Arbeiter ihre Führer, und vor allen Dingen ihren famosen Parteivorstand Hermann Müller, zur Verantwortung ziehen, wenn sie sich nicht mitschuldig an dem weißen Schrecken in Bulgarien machen wollen!

## Neuer Konflikt in der sächsischen SPD.

Die „Leipziger Volkszeitung“ vom 9. September veröffentlicht an der Spitze des Blattes einen Aufruf an den Parteitag in Heidelberg. Dieser Aufruf beschäftigt sich noch einmal mit der Frage der 23 rechten Sozialdemokraten. Es wird noch einmal das Sündenregister der 23 aufgestellt, die verschiedenen Disziplinbrüche der letzten anderthalb Jahre dargelegt und dann an den Heidelberger Parteitag die Anforderung gestellt, die Konsequenz aus dem Verhalten der 23 zu ziehen.

Die Konsequenzen, die der Parteitag zu ziehen hat, sind nicht angegeben. Es wird also dem Parteitag anheimgestellt, ob er die 23 ausschließt, ob er ihnen eine Rüge erteilt, nächsten sich den Beschlüssen der sächsischen Parteiorganisationen zu fügen oder ob er die 23 weiter wie bisher schalten und walten läßt.

Typisch an dem Aufruf ist die Tatsache, daß er das Verhalten der 23 immer und immer wieder in Gegensatz bringt zu der Haltung des Parteivorstandes in Berlin obwohl die sächsische Linke hierzu keinen Anlaß hat und ganz genau selbst weiß, daß der Parteivorstand in Berlin die Politik der 23, wenn auch nicht in allen Einzelheiten, so doch tatsächlich nicht nur moralisch, sondern auch in vielen Punkten materiell gestützt hat.

Auf dem vorgelagerten Appell der „Leipziger Volkszeitung“ an den Heidelberger Parteitag ist eine Antwort der 23 gefolgt, die — die sozialdemokratischen Arbeiter mögen hören und staunen — in dem üblichen Blatt der Schwerindustrie, nämlich in den auf dem rechten Boden der Deutschen Volkspartei stehenden „Leipziger Neueste Nachrichten“ von heute (11. September), veröffentlicht wurde. Die „Leipziger Neueste Nachrichten“ schreiben unter der Überschrift: „Ruhe in sächsischen Konflikt der SPD.“

„Von der Mehrheit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion geht unserer Dresdener Schriftleitung folgende Mitteilung zu.“

„Unter obiger Signatur veröffentlicht die Bezirksvorstände der sächsischen Sozialdemokratischen Partei eine Entschließung, die den Zweck hat, die Delegierten des Parteitags der SPD in Heidelberg zu beeinflussen. Die Darstellung gipfelt in der Behauptung, die 23 Genossen der Fraktionsmehrheit hätten sich wiederholte Disziplinbrüche schuldig gemacht und endet mit der Aufforderung, der Parteitag möge die daraus sich ergebenden Konsequenzen ziehen.“

Dazu bemerken wir: Der Reichsparteitag 1924 hat bereits festgestellt, daß ein Disziplinbruch der 23 Genossen beim Eingehen der Koalition nicht in Frage kommt. Außerdem haben die in diesem Jahre abgehaltenen Schiedsgerichte, die über die Ausschüsse der 23 wegen angeblichen Disziplinbruchs durch Nichtbeachtung des Leipziger Landesparteitagsbeschlusses auf Auflösung des Landtags zu entscheiden hatten, alle Angeklagten freigesprochen und die Ausschüsse aufgehoben. Damit ist die Haftlosigkeit der Anschuldigungen der Bezirksvorstände bewiesen. Im übrigen hat die Entwicklung der politischen Verhältnisse bestätigt, daß die von der Fraktionsmehrheit getriebene Politik richtig war.

Die Mehrheit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion Sachsens.“

Die 23 benutzen als offizielles Organ ihrer Publikation das übliche Kapitalistenblatt Sachsens. Das schlägt in der Tat dem Tag den Boden aus. Inhaltlich gesehen aber kennzeichnet die Erklärung der 23 nur allzu sehr ihre günstige Position.

Die Tatsache der Veröffentlichung in den „Leipziger Neueste Nachrichten“ erhärtet dies nur.

Die Linke werden nicht über die Frage hinwegkommen, was ist für die Arbeiterschaft wichtiger: die Einheit und damit der Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse oder Kampf für die Interessen der Arbeiter, selbst wenn dabei die Parteidisziplin zum Teufel geht.

Das System des Arbeitererrats, das durch die 23 so trüb verlorbert wird, kann entgültig nur zertrümmert werden, wenn die sozialdemokratischen Arbeiter die letzte Konsequenz ziehen und zum Kommunismus stoßen.

## Niedriger hängen!

Der „Vorwärts“ Nr. 425 vom 9. September bringt unter der Überschrift „Die unheimliche Rolle Cools“ folgende Notiz:

„Die Bergarbeiterzeitung, das Organ des Deutschen Bergarbeiterverbandes, nimmt in äußerst scharfen Ausführungen gegen den englischen Bergarbeiterführer Cool, dessen kommunistische Tendenzen bekannt sind, Stellung. Cool hatte kürzlich in seiner Rede vom Deutschen Bergarbeiterverband und speziell dessen Vorsitzenden behauptet, daß er die Interessen der deutschen Bergarbeiter schädige. Die „Bergarbeiterzeitung“ schreibt, daß Cools unersichtliche Rede eine Sammlung von Plattheiten, Dummheiten und Frechheiten darstelle. Es sei zu erhoffen, daß Cool, der keine gewerkschaftliche Stellung in schlimmster Weise mißbraucht habe, wenn er behauptete, im Namen der englischen Bergarbeiter-Äderation zu sprechen, das letztmal auf deutschem Boden gehalten habe.“

## Kommunistenhebe in England

London, 8. September.

„Daily Mail“ meldet,

Gestern wurde beschlossen, eine sofortige Aktion gegen die Kommunisten zu unternehmen, welche für die Propaganda unter den Truppen in Aldershot verantwortlich sind. Das Innenministerium hat die Genehmigung erteilt, alle die Kommunisten die an der Verschwörung zur Beeinflussung der Truppen teilgenommen haben, zu verhaften. Während der letzten Tage hat die Polizei und das Innenministerium eine beträchtliche Menge neuer Beweismaterials erhalten, aus dem hervorgeht, daß riesige Anstrengungen unternommen werden sollten, eifrige Propaganda überall hin zu treiben, wo Truppen stationiert sind. Gestern abend wurde beschlossen, sofort gegen die Hauptmitglieder der kommunistisch gefärbten, sogenannten nationalen Minderheitsbewegungen, insbesondere Tom Mann und das kommunistische Parlamentsmitglied Sakatela, vorzugehen.

Daraufhin hat das Zentralkomitee der kommunistischen Partei Englands in einem Telegramm an den Vorsitzenden des Gewerkschaftskongresses erklärt, daß die Regierung beschloffen habe, die kommunistische Partei wegen ihrer Aufforderung an die organisierte Arbeiterschaft zur Ausflüchtung der in See und Marine Arbeitenden über ihre Stellung zu den bevorstehenden Arbeitsstreiks zu bekämpfen.“

Die kommunistische Partei fordert den Kongreß auf, das Recht der Arbeiter „auf Ausflüchtung ihrer Brüder in See und Marine“ zu wahren.



Lokales

Sowjet-Rußland

Sowjet-Rußland, du heiliger Stern!
Leuchtest Millionen von nah und fern.
Bist der einzige Arbeiterstaat,
Säest gerechte, heilige Saat!

Lange hast du in Ketten gelegen,
Die besten Menschen dahingegen,
Und auf der Erde — mit Blut begossen —
Sind die Blumen der Freiheit entsprossen.

Heiliges Rußland, du goldene Freiheit —
Millionen Herzen schlagen dir,
Das einjige Land der Liebe, der Arbeit —
Der Jugend Freude, der Kinder Bier.

Nicht umsonst hast du geklitten,
Eine Wahrheit hast du gezeigt,
Eine Welt hast du erobert,
Kein anderes Land der Welt dir gleich.

Feinde heulen, wollen zerschlagen
Diese Festung der Arbeiterwelt,
Wollen vernichten den leuchtenden Stern,
Den ersten roten Kämpfer und Held.

Für uns gibt es kein anderes Streben,
Als zu errichten den Arbeiterstaat,
Sowjet-Rußland mu ß leben:
Damit befreit wird auch das deutsche Proletariat!

Arbeiterin Maria Kusnezowa.

Unerhörter Fleischwucher.

Breslau, 12. September.

Der kommende Hungertwinter wirft bereits seine Schatten voraus.
Im meisten wird sich die Steuerung bei den Fleischpreisen aus.
Die Preise für Schweinefleisch steigen von Woche zu Woche.

Und die Löhne? Fast alle Lohnbewegungen in den letzten Monaten haben zu keiner Lohnerhöhung geführt.
So wird das Stückchen Fleisch, das am Sonntag auf den Tisch des Arbeiters kommt, immer kleiner.

Frühes Fleisch können die einkaufenden Arbeiterfrauen kaum noch erschwingen.
Darum haben die Gefrierfleischgeschäfte lebhaften Zuspruch.

Auch das Stückchen Gefrierfleisch wird vom Tisch des Arbeiters verschwinden, wenn das Proletariat sich nicht endlich aufrafft und höhere Löhne erkämpft.

Schwere Kohlenoxydgasvergiftung in Hundsfeld

Durch Kohlenoxydgas vergiftet aufgefunden wurden gestern in der Gärtnerei Urban in Hundsfeld drei dort beschäftigte Monteur.
Seit drei Wochen montierten sie dort Gewächshäuser.

Die drei Monteur waren Angestellte der Gewächshausfabrik Hönisch & Co., Nieder-Siedlitz in Sachsen.
Sie wohnen in der Nähe von Dresden, waren alle drei verheiratet und waren 27 bis 35 Jahre alt.

Keine Verminderung der Arbeitslosigkeit

Der städtische Presseamt hat sich, wie aus einem Berichte des öffentlichen Arbeitsnachweises hervorgeht, im Vergleiche zum Vormonat im August nicht geändert.
Es wurden im Berichtsmonat 19 774 (19 840) Arbeitsuchende gezählt, so daß auf 100 offene Stellen 256 (259) Bewerber entfielen.

Von der Schulzahnlinit

Von der Städt. Schulzahnlinit wird uns geschrieben.
An modernen Schulzahnliniten besteht allgemein seit Jahren die planmäßige unentgeltliche Behandlung, d. h. die Schulzahnkliniken werden, soweit das Verständnis der Eltern zur Behandlung vorliegt, kostenlos nach der Schulzahnlinit geführt und dort zahnheilig gemacht.

Besteuerung der Junker und Kleinbauern

Die Großagrarier, die sich eine Buchhaltung eingerichtet haben, können bei der Vermögenssteuer sich selbst einschätzen.
Die übrigen Agrarproduzenten ohne Buchhaltung — 90 Prozent der Klein- und Mittelbauern — werden dagegen nach „Normalerträgen“ eingeschätzt.

Ein paar Beispiele zeigen die Gerechtigkeit der Steuerzahlungen der Klein- und Mittelbauern und Junker während der letzten Jahre.
Die Steuerlast haben sich seitdem zum Teil verändert, nicht geändert haben sich dagegen die Veranlagungsmethoden.

Im Jahre 1920 (das Verhältnis zwischen den einzelnen Betriebstypen ist bis heute daselbe geblieben) wurde im Kreise Ostpreußen unter Mitwirkung des Reichslandbundes folgende Staffelung für die Einkommensteuer vereinbart:

Table with 3 columns: Bei Wirtschaften bis, 20 Morgen, 400-475 M. je Morgen, 350-400 M. je Morgen, 250-300 M. je Morgen, 130-200 M. je Morgen, 100-130 M. je Morgen, 50-100 M. je Morgen.

In der Ostpreignitz wurde im Jahre 1921 auf Vorschlag des Landbundes, im vollen Einvernehmen mit dem Finanzamt, folgende Staffelung für die Einkommensteuer vorgeschlagen, deren Durchführung nur mit Mühe verhindert wurde.

Table with 3 columns: a) guter Boden bei einer Betriebsgröße von, 3 Hektar, 7 418 M. gleich je Hektar 2 472 M., 20, 22 680, gleich, 1 133, 30, 27 880, gleich, 929.

Die Gemeindef. Ertraben im Kreise Neuhaldensleben besteht 1672 Morgen, und zählte 1921/22 rund 256 000 M. Einkommensteuer.

Das Rittergut Erleben I von mindestens der gleichen Bodengüte und insgesamt 7074 Morgen, wovon 4344 Morgen unter dem Pfluge waren, zählte 202 000 M. Einkommensteuer.

Das Rittergut Erleben II besteht 7724 Morgen, davon sind unter dem Pfluge 4388 Morgen, und zählte 273 000 M. Einkommensteuer.

Diese aus einer großen Anzahl von Fällen herausgearbeiteten Beispiele zeigen, wie bei der Einkommensteuer entweder mit Hilfe der Buchführung oder gestaffelter Aufschätzungen das Einkommen gerechtfertigt wird.
Man bedenke, daß nach kleinsten Schätzungen 95 Prozent der bäuerlichen Landwirtschaft keine Bücher führen und bis heute, besonders in den östlichen Provinzen, gegen diese Art „Veranlagung“ hilflos sind.

Bei der Vermögenssteuer liegen die Dinge ähnlich. Hier wurde der Mehrertragwert zugrunde gelegt.
Die letzte Erhöhung der Steuerbelastung hat zur Folge, daß auf Grund der ursprünglich stärkeren Belastung der Klein- und Mittelbauern, nunmehr diese vor allem auch die erhöhten Löhne zu tragen haben, während die Junker sich bei weitem nicht entsprechend erhöht haben.

Table with 3 columns: Größe etwa, 2100 Morg., 70 Morg., 520 000 M., 60 000 M., 20 800 M., 2 400 M., 1 248 M., 144 M., 0,59 M., 2,05 M.

Die Provinz Schlesien ist zur preussischen Grundbesitzvermögenssteuer wie folgt veranlagt worden:

Table with 3 columns: Ertragswert bei der Ertragssteuer-Veranlagung 1917/18, 740 M. je Morgen plus 111 Proz., 500 M. je Morgen plus 42 Proz., 480 M. je Morgen plus 31 Proz., 350 M. je Morgen plus 0 Proz.

Wenn man annimmt, daß diese Veranlagung, die seit 1917 erfolgt ist, nicht wesentlich von der Veranlagung zum Mehrertrage von 1913 abweicht (die Erfahrung berechtigt zu dieser Annahme), so würde sich bei der Anwendung jener Zahlen bei der Landabgabe (die vom 1. September bis 31. Dezember erhoben wurde) folgendes Bild ergeben:

Table with 3 columns: Ertragsklasse, Veranlagungswert zur Landabgabe, Belastung je Hektar, 30 Morgen, 22 200 M., 2,20 M., 100 Morgen, 50 000 M., 1,50 M., 600 Morgen, 207 000 M., 1,38 M., 2000 Morgen, 700 000 M., 0,70 M.

Je Morgen wird der Kleinbauer also drei- bis viermal so stark wie der Großagrarier, der Mittelbauer immer noch mehr als doppelt so stark wie der Großagrarier besteuert.

Aus allen diesen Beispielen ergibt sich eine große Mehrbelastung des Mittel- und Kleinbauers, die bei der Höhe und der Anzahl der Steuern unerträglich ist, denn der Klein- und Mittelbauer kann nach Abzug des Eigenverbrauches einer absolut und auch relativ sehr geringen Teil seiner Ernte verkaufen, wenn er nicht seine Wirtschaft zugrunde gehen lassen will.

Arbeiterport

Morgen Sonntag, vormittags 10 Uhr. Stafettenlauf der Arbeiterportler quer durch Breslau.
Start am Schlachthof, Frankfurter Straße. Ziel: Werkstatthaus, Margaretenstraße.

Parteiveranstaltungen

- Breslau. Alle Genossen, die bis 12. 9. vom Presseamt nicht abrechnen, müssen die Steuer selbst bezahlen.
Plegitz. Dienstag, 22. 9. abends 8 Uhr „Reichsblätter“ Mitgliederversammlung mit Beitragslisten und Sympathisierenden.

Kommunistischer Jugend-Verband

Breslau. Seit Sonnabend, Funktorenabend Trebnitzer Str. 50 abends 7,30 Uhr. Jeder Funktoren der Jugend muß erscheinen. Mitgliederkarte mitbringen.

Roter Frontkämpfer-Bund

- Breslau. Sämtl. Spielente aller Bezirke Sonntag, früh 8,45 bei Franke, Lauensteinstr. 173. Abmarsch Punkt 7 Uhr. Die Bezirke Nord u. Nord-Ost gehen 7,15 an der Regierung.
Roter Jungarm. Gruppe Ost. Dienstag, den 15. 9. abends 7,30 Uhr bei Franke, Gruppenversammlung. Alles erscheint.

Versammlungsanzeigen

- Rote Hilfe. Breslau. Dienstag, 15. 9. abds. 7,30 Uhr in „Watslawia“ Reichstagsplatz öffentl. Protestkundgebung.
Plegitz. Sonntag, mittags 1 Uhr. Pamphletarbeit nach Wilhelmshafen. 26 Uferstraß. 60 Fig. (Gut und Jurid.) Kinder der Erwachsenen freifahrt.

mäßigen Behandlung nur 227 bleibende Zähne gezogen worden seien.
Die Berliner Schulzahnliniten beginnen mit der planmäßigen Sanierung bei den Kindern des zweitürigen Schuljahrganges.

Bei uns in Breslau wird die Sanierung bei den Lernanfängern vorgenommen und bei den 3 711 bei uns sanierten Schulkindern des Jahrganges 1924/25 ist kein einziger bleibender Zahn gezogen worden.
Es sind bei diesen Kindern nur Milchzähne entfernt worden, die entweder Schmerzen verursachen oder mit ihren spitzen Kanten Zahnfleisch oder Wangen- oder Zungenschleimhaut verletzen konnten.

Rote Hilfe-Mitglieder, RS-Kassierer!

Bis zum 10. September, dem Stichtag für die August-Abrechnungen, haben wir sehr wenig Geld und Abrechnungen erhalten.
Damit unsere Mitglieder die Möglichkeit haben, dafür zu sorgen, daß die Kassierung und die Abrechnung pünktlich erfolgt, bringen wir nachstehend die 21 Ortsgruppen von etwa hundert im Bezirk, die bis zum 10. September abgerechnet haben.

Breslau-Süd, Breslau-Ost, Breslau-Zelle Bewag, Bolzenhain, Bunzlau, Colln, Deutsch-Ost, Freiburg, Geißdorf, Girkachsdorf, Gottesberg, Krausenborn, Landesgut, Langenbielau, Langenöls, Liebau, Neusalz, Nieder-Salsbrunn, Ober-Salsbrunn, Quetsch und Strigau.

Trotz der Anmelde schwachen noch Tausende in den Gefängnissen. Weiter ist noch kein Zuchthausgefangener amnestiert worden.
Auch in Schlesien sitzen noch viele Genossen im Kerker. Alle diese Genossen und deren Familien sind zu unterstützen.

Beitragsvorstand Schlesien der Rote Hilfe.

# Was der Kumpel sagt!

## Die Stimmung der Arbeiter in den Betrieben

Nachstehend veröffentlichen wir drei Aufsätze, die aus der Feder von drei Waldenburger Kumpeln stammen und das einheitliche Thema: „Die Lage der deutschen Wirtschaft und die Stimmung der Arbeiter in den Betrieben“ behandeln. Aus den Aufsätzen ist zu entnehmen, daß wir durchaus zuverlässlich in die Zukunft blicken können. Es ist nicht so, wie es die reformistische Presse ihren Lesern glauben machen will, es sei aus Deutschland mit der proletarischen Revolution. Im Gegenteil, die Stimmung der Arbeiter in den Betrieben ist mit einem Jubelverstoß zu vergleichen, das ein geringer Funke zur Explosion bringen kann. In der Arbeit unserer kommunistischen Betriebszellen wird es liegen, ob diese Explosion noch lange auf sich warten lassen wird, oder ob sie in aller nächster Zeit erfolgt. Es gilt hartnäckige und zähe unterirdische Kleinarbeit in den Betrieben zu leisten. Es gilt in den Betrieben die eiserne Front der Ausgebauten zu schließen, an der alle Angriffe der Ausbeuter zerbrechen sollen und die selbst zum Angriff übergehend, die Betriebe und alle Produktionsmittel in die Hand nimmt und sich als herrschende und regierende Klasse proklamiert.

Der Kumpel von der

Fuchs-Grube

Schreibt:

Sehr oft, wenn man sich mit den Kameraden über die schlechte Lebenslage unterhält, hört man sie sagen, daß die SPD daran schuld ist. Die SPD hat uns verkauft und verraten. Gattenschütz und verzweifelt stehen einzelne Kameraden abseits der Bewegung und überlassen sich dem Schicksal. Auf die Frage: „Wem gibst du zur Wahl deine Stimme, oder welche Zeitung liest du?“ bekommt man zur Antwort: „Zur bürgerlichen Gesellschaft gehöre ich nicht. Aber auch zu den Arbeiterführern habe ich kein Vertrauen.“ So trotzt er gedohnheitsgemäß, weil er kein Wahlrecht ausüben will, hinter der SPD-Partei, zu der er den Glauben verloren hat. Dieses sind die Indifferenten, auf die die SPD, so stolz bei der Wahl ist, Will man versuchen, den Indifferenten zum Klassenkämpfer zu machen, indem man mit ihm über verschiedene Fragen spricht, so hört man immer wieder auf die Verzweiflung. Es ist bitter, wenn man versucht, ihm das Programm der KPD, Marxzulegen, monach die Fehler, die in der Vergangenheit gemacht worden sind, in Zukunft nicht mehr möglich sind, wobei nicht vergessen werden darf, daß wir aus der russischen Revolution vieles gelernt haben und wissen, welche Wege wir einzuschlagen haben, an die proletarische Revolution siegreich zu Ende zu führen — dann bleibt ihm dieses unverständlich, weil er den Glauben an seine eigene Zukunft verloren hat. Dies ist es, was den Drohnen und ihren Helfershelfern ein herrliches Leben ermöglicht, in der Zeit, wo die Arbeiter ihre Knochen und ihr Blut auf dem Felde der Ausbeutung lassen.

Kameraden, im Ernst dieser Zeit rufen wir euch zu: Erkennt eure Lage! Lebt unsere Presse! Erlebe ein in die revolutionäre Klassenfront, damit wir das ganze Gewürm dorthin besorgen können, wo es hingehört und praktisch das durchzuführen können, was auch die Sozialdemokraten jahrzehntelang theoretisch lehrten.

Der Kumpel von der

Glückhoff-Grube

Schreibt:

Wenn man in den Betrieb kommt, so hört man immer und immer wieder die Frage: „Was soll nur aus den Arbeitern werden? Die Lohnzulage wird abgelehnt. Die Preise steigen im Durchschnitt um 50 Prozent. Arbeit soll immer mehr geleistet werden. Wo soll aber die neue Nahrung dazu herkommen?“ Mit geballter Faust geht tagtäglich der Kamerad zur Grube und fragt: „Wird es nicht bald besser werden?“

Deshalb, Kameraden, möchte ich euch die bittere Wahrheit sagen, daß es unter diesem kapitalistischen System niemals besser werden kann. Dieses möchte ich euch zu beweisen versuchen. Die Kapitalistenklasse ist nicht mehr in der Lage, dem Proletariat Arbeit zu geben. Deshalb kann sie dieses nicht. Nehmen wir z. B. die Textilbranche. Hier herrscht Arbeitslosigkeit. Sogar aber laufen in China 130 Millionen, in Indien 80 Millionen mehr als vor dem Krieg. Die Rohprodukte brauchen nicht erst den Weg nach Europa zu machen, sondern sie werden in den Kolonien sofort zu Fertigfabrikaten verarbeitet. Deshalb findet der europäische Kapitalist keinen Absatz, weil ja der Chinese und der Indier noch billiger arbeiten als der deutsche Kuli. Deshalb ist der Kampf der chinesischen und indischen Arbeiter auch unser Kampf. Die europäischen Kapitalisten suchen bei Tage und bei Nacht nach neuen Absatzgebieten, können aber keine finden, weil die Erde bereits längst aufgeteilt und neu verteilt ist. Auch können die Rohmaterialien nicht einmal das Notwendigste liefern, weil sie nur Hungerlöhne verdienen. Höhere Löhne können die Kapitalisten aber nicht zahlen, weil sie auf die Profite nicht verzichten können.

In der Kohlenbranche liegt die Frage ähnlich. In der Welt wird im Durchschnitt doppelt so viel mehr gefördert, als es vor dem Krieg der Fall war. Bergbau wird aber weniger. Die Maschinen des geringeren Bergbaues sind zum größten Teil in der Verwertung vieler Schiffe und Maschinen, die die Entladung der Eisenbahnmotoren, die es ermöglicht, Schiffe ohne Del und Kohlen zu betreiben. Zur Illustration sei bemerkt, daß Getzner für die Stadt Berlin einen Plan mit Kohlenanschlag gemacht hat, monach mit Hilfe der Motoren die Kohle, die Wasserkraft und das Del angeschlossen werden können. Ich persönlich kenne einen kleinen Beberberbetrieb, der vor dem Krieg täglich einen Wagen Kohle verbrauchte. Infolge der Modernisierung des Betriebes verbraucht er jetzt diesen Wagen nicht in einem Tage, sondern in einer Woche. So sehen wir auch hier vor einem großen Berg, wie Hoffmann von dem Bergarbeiterverband anlässlich der letzten Zeit im vergangenen Jahr sagte:

Deshalb, Kameraden, kann aus nur eine soziale Umwälzung, wie in Russland vorwärtsbringen, nicht aber eine Preisermäßigung, die aus Arbeitern das Grotz graßt. Die Revolution wird und muß kommen, aus rein wirtschaftlichen Gründen heraus. Der Kapitalist hält sie so lange hin, wie nur möglich. Doch trübt er sein Leben nur noch so lange die Arbeiter es sich gefallen lassen. Deshalb heißt nicht die Faust in der Tasche, sondern bringt sie heraus, wenn auch ein gewisses Maß an Gefahr besteht. Trete zu in die kommunistische Partei und laß die kommunistische Presse. Beredt mit uns Kameraden gegen eine Gesellschaftsordnung, die uns zu ernähren nicht mehr in der Lage ist.

Können ihr euch noch auf die Zeiten 1918 stellen, als kurz vor Ausbruch der sogenannten Revolution wir alle den Mund hielten und leiner den Anfang machen wollten? Damals haben diesen Anfang die Schiffer gemacht, als sie hörten, daß sie auf die englische Küste gesetzt werden sollten, mit der Gewißheit, dort das Leben zu lassen. Sie weiterten sich dem Befehl nachzukommen, sie wollten lieber im Feuer der Revolution sterben, als sich für monarchistische Ziele hinstrecken lassen.

Diesmal sind wir, die Bergarbeiter, an der Reihe, den Anfang zu machen, weil wir am meisten unter der kapitalistischen Ausbeutung zu leiden haben. Deshalb, Kameraden! Es lebe die Revolution!

Der Kumpel von der

Melchior-Grube

Schreibt:

Zweckmäßig ist es, vor der Beurteilung der deutschen Wirtschaftslage eine Rundschau über die Weltwirtschaftslage vorauszuwerfen. Zweifellos steht die gesamte Welt in einer Krise. Der Auftragsbestand der amerikanischen Stahlindustrie weist eine stets sinkende Tendenz auf. Die englische Wirtschaftslage ist typisch und kennzeichnend für den im Weltmaßstab vorhandenen Charakter der Krise. Frankreich und Italien haben unter der Währungserrüttung und Inflation zu leiden. Auch dort läßt sich feststellen, daß die kapitalistischen Regierungen, ähnlich der deutschen in der Inflationszeit nicht insande sind, dem Uebel zu begegnen. Dasselbe trifft für Polen zu. Die Lage Oesterreichs ist nach den vergeblichen Sanierungsversuchen nur noch als eine Tragödie zu bezeichnen. Der gesamte Osten einschließlich der Balkanländer, einst das wichtigste Absatzgebiet der europäischen Industrie, weist eine nur langsam steigende Aufnahmefähigkeit auf. So schwer hat der große Krieg die Kaufkraft aller Völker beeinträchtigt.

Die deutsche Wirtschaft steht in dem sogenannten „Stabilisierungs- und Geländungsprozess“. Ob es der deutschen Bourgeoisie gelingen wird, eine wirtschaftliche Stabilität der Währung für die Dauer zu erreichen, ist noch eine andere Frage. Bevor überhaupt von einer Auswirkung des Zolltarifs auf die Preispolitik die Rede sein konnte, war bereits ein Anziehen fast sämtlicher Preise zu beobachten. Wenn natürlich die Preisensammlung und Preistreibe so weiter geht, wie in den verflochtenen Monaten, so ist die Folge für die Währung kaum abzusehen.

Die Produktionsmethoden der deutschen Unternehmer unterscheiden sich nicht denen, die zur Zeit des Krieges und der Inflation üblich waren, nicht wesentlich. Noch immer sind sie bestrebt, Raubbau zu treiben und sich so lebensfähig zu erhalten. Während der Inflation waren diese Kreise vornehmlich darauf eingestellt, möglichst viel Reichtum, Sachwerte anzuhäufen, Konjunktur zu bilden, Besitz zu verdrängen. Anstatt die Produktion zu steigern, suchte man durch Schiebungen und Spekulationen reich zu werden.

So sehen wir heute die Zahlungsschwierigkeiten, Geschäftsaussichten, die zunehmenden Konfurrenzen. An dem Fall Stinnes gemessen, steht man nicht die Erscheinungen eines Geländungsprozesses, sondern das Gegenteil: Stagnation, Niedergang. Eine

## Wie die Bergarbeiter geprellt werden

Fuchs-Grube in Weißstein.

(Von unserem Betriebsberichterhatter.)

Vor kurzer Zeit, als die Mitteilungen der Fuchsgrube wegen Gehaltsaufbesserung bei Herrn Lege vorstellig wurden, bekamen sie folgende Antwort: „Sind Sie mir froh, daß Sie untergebracht sind, das Geschäft geht so schlecht, daß ich am liebsten einen Teil entlassen möchte.“ Dieses war der Trost, den sie erhielten. Man glaubt kaum, wie schlecht diese Kategorie von Angestellten bezahlt wird. Die Folge davon ist die, daß der eine oder andere sich zu schamiger Handlungsweise hinreißen läßt, indem er den lauer verdienten Lohn der Bergarbeiter kündigt. Auf den Beutel wird der richtige Betrag geschrieben. Aber der Inhalt stimmt nicht. Vom Hans-Heinrich und Juliuschacht sind mir mehrere solcher Fälle bekannt. Erst vor kurzem wurde eine Frau bei 850 Mark Abschlag um 50 Pfennig geprellt. Das ist das schamigste Mittel, mit dem die Betreffenden ihre miserablen Gehälter anzubessern versuchen. Richtiger und anständiger wäre es, wenn sie ihren eingebildeten Stolz abgestreift hätten und Hand in Hand mit den Arbeitern für höhere Löhne kämpften.

## Die Folgen des Antreibersystems

Fürstlicher Tiefbau in Waldenburg.

(Von unserem Betriebsberichterhatter.)

Kann, daß das schwere Schicksal der 17. Abteilung vergessen ist, tritt in der 3. Abteilung wieder ein Fall ein. Wie die Kollegen erzählen, soll der Bauer Menzel, welcher alle Tage auf die Beförderung zum Aufseher wartet, der Meinung sein, daß man das Geschäft, um Zeit zu sparen, in einer Schachtel mit vor Ort nehmen kann. Seine derartige Leichtfertigkeit mühe man bei einem Bauer für unmöglich halten. Kameraden, denkt daran, daß man durch derartige Überhebungen der bergrechtlichen Sicherheitsmaßnahmen nicht vorwärts kommt, sondern nur sich selbst und den Kameraden Schaden zufügt. Zurückschauen sind diese Barkommenisse auf die Jagd nach Kohlen, die gerade auf dem Tiefbau sehr toll ist. Neben dem Bergverwalter John, welcher jedem genügend bezahlt ist, ist der Obersteiger Ulrich, der die Schlaubei befehligt zu sagen, es sei gleich, ob man in einer Breite von vier oder acht Metern Kohle schaufeln muß. Bei diesem Obersteiger kann man ruhig sagen: „Herr, gib Bestand, wo zu wenig, und nimm weg, wo zuviel.“

## Wieder ein Grubenunfall

Glückhoff-Grube in Nieder-Hermsdorf.

(Von unserem Betriebsberichterhatter.)

In der 7. Abteilung verunglückte am Dienstag in der Mittagszeit der Lehrling Kumpel aus Zellhammer. Der Verunglückte war auf einem Wagen beschäftigt, der unterhalb der letzten Sohle in der Regulierung begriffen ist, damit die Luft an den Fallort gelangen können. Das Berggestänge war derartig verrotten, daß es einige Wagen Kohlen gefüllt werden mußten. Als es frei war, wurde der volle Wagen an Seil gehangen, um hinaus befördert zu werden. Kumpel konnte sich nicht in genügender Sicherheit bringen, weil die Führung zusammengebrochen ist. Unterhalb der Nummer 3 ist seit eben alles

bedeutende Rolle spielt ja hier die Frage der Kreditnot, die zu einem Kampf zwischen Industrie- und Bankkapital entbrannt ist. Wir haben in diesem Jahre in einzelnen Industrien Saisonkonjunktur. Diese waren wohl hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß der deutsche Unternehmer dank der billigen Arbeitskräfte, in der Lage war, den üblichen Weltmarktpreis zu unterbieten. Doch auch dies bleibt Saisonkonjunktur. Der deutsche Unternehmer steht den amerikanischen Produktionsmethoden und organisierten Fortschritt ist in den letzten Jahren außer acht gelassen worden.

Der „Fordismus“ ist viel diskutiert und tolgelagt worden. Da das amerikanische System nicht nur höhere Produktivität, sondern auch höhere Löhne und gesteigerten Konsum mit sich bringt, möchte sich der deutsche Unternehmer der Verwirklichung der amerikanischen Zustände solange wie möglich widersetzen, während die Entwicklungstendenz der amerikanischen Wirtschaft nichts anderes ist, als die Verwirklichung des kapitalistischen Industrialismus. Das deutsche Unternehmen sucht sich in seiner bedingten Lage mit dem schlechtesten Mittel, den Schutzgößen zu helfen, die wohl ein Schutz gegen den technischen Fortschritt, gegen verbesserte Produktionsmethoden, gegen höhere Reallohn und gesteigerten Massenkonsum, also auch ein Schutz gegen den kulturellen Fortschritt sind.

Die deutsche Arbeiterschaft hat nun gegen diese schlimme Sorte von Unternehmern den heftigsten Kampf zu führen, nur um einen höheren Reallohn zu erreichen. Wo bleiben die Kämpfe für andere kulturelle Zwecke? Man müßte meinen, daß innerhalb deutscher Gewerkschaftskreise die Meinung endlich vorherrschend wäre: Zum Teufel mit dieser „Volkswirtschaft“. Keine Rücksicht auf irgendwelche Erschütterungen der deutschen Wirtschaft, sie ist nicht unsere Wirtschaft, dem geschlossenen Unternehmertum muß ein geschlossener Stamm von Millionen deutscher Arbeiter entgegengesetzt werden und der Stamm, der gegen die Bolschewistengefahr von den Reformisten gebaut worden ist, ist recht weit zu öffnen, um die rote Flut hereinbrechen zu lassen, in der die deutschen Ausbeuter und Parasiten jämmerlich erlaufen sollen. Das ist wohl heute schon die Meinung des größten Teils der Arbeiter im Betrieb. Die Erkenntnis der sozialdemokratischen Arbeiter in dieser Frage einmal erfreulicher Weise zu. Wenn dies sich nicht außerhalb der Betriebe bei gelegentlichen Veranstaltungen der KPD, hier so auswirkt, so liegt dies daran, daß diese SPD-Arbeiter nicht den Mut finden, sich offiziell zu den Kommunisten zu bekennen. Die indifferenten Arbeiter nun verhalten sich passiv. Sie sehen die unsinnigen Produktionsmethoden, Vermehrung des Antreiberpersonals, unverschämte Ausbeutungsmethoden, besonders durch Lohnbruch also Erud auf die Erde, auf die Abschläge, Verlängerung der Arbeitszeit usw., aber kein Vertrauen zu den Gewerkschaftsführern, sind undiscipliniert und stärken somit die Reaktion. Glauben, wir werden auch mal unsern Mann stellen, wenn es mal soweit kommt, daß der „große Kladderadatsch“ eintritt und verhalten sich eben allen Tagesfragen gegenüber reserviert.

Nun, wir haben keine Ursache, aus allen den Dingen heraus die Hoffnung zu verlieren. Die nächste Zeit wird unserer Idee Recht verschaffen, hoffen wir, daß die Sonne schnell verschwindet und ein neuer Tag im Osten aufersteht.

andere nur keine Fährung, denn die hängenden Wetterlaternen und die Rohrleitung versperrten den Weg und es blüht derart stark, daß man das eigene Wort nicht hört. Beim Ziehen blieb der Wagen an einem Stempel hängen, die Kupplung röh, der Wagen erfasste den Unglücklichen und brachte ihm erhebliche Quetschungen bei. Auf seine Hilferufe eilten die in der Nähe arbeitenden Kameraden herbei und befreiten ihn aus seiner unglücklichen Lage.

Dem Hilfssteiger Schmidt, der in der Mittagszeit fährt und der sich äußerte, daß hier eigenes Verschulden vorliegt, möchten wir empfehlen, die bergpolizeilichen Vorschriften zu studieren. Wenn er sie gekannt hätte, hätte er seine Äußerung über das Selbstverschulden nicht getan.

Der verunglückte Kumpel wurde ins Anapthospitalslager überführt.

## „Und vergib uns unsere Schuld...“

Am Sonntag, den 5. September, fand in Neurode die Beerdigung der Kameraden statt, die auf der Ruben-Grube zu Tode verunglückt waren. Wenn man von der Geißlichkeit schon vieles gewohnt ist, so war doch das Begräbnis in Neurode eine Illustration dazu, wie dünn sie die Arbeiter einschält. Allen ist wohl bekannt, daß das Neuroder Revier gut katholisch ist, aber der dort predigende Pfarrer war noch immer unzufrieden. Nach seiner Meinung sind Unglücke folgendermaßen zu verhüten. Der Bergmann soll sich wieder zu seiner Schutzpatronin, der hl. Barbara, bekennen und vor der Einfahrt beten. In puncto Gebet ging er mit gutem Beispiel voran und hatte für die vier Toten drei Vaterunser übrig, was eine sehr schlechte Zeilung ergibt. Gleichzeitig hat sich der Pfarrer anscheinend sehr eingehend mit dem Bergbau beschäftigt. Er hat es im Moment lediglich vergessen, daß auch damals schon Unglücke zu vermeiden waren, als die Bergleute nach seiner Meinung mit vorangeordnetem Gebet in die Grube fuhren. Aber was schadet das einer Pastorenzeile, wenn er die Trauergemeinde belügt, das ist nun mal sein Handwerk. (Hier möchte ich bemerken, daß der Reichsarbeitsminister bei uns auf dem Fürstlichen Bahnhofsplatz vielleicht mir deshalb sich so unwohl fühlte und so klink hinaus wollte, weil er vor der Einfahrt das Beten vergessen hatte.)

In der Predigt sprach der Pfarrer viel von Materialismus und sagte, daß die Arbeiter nur nach dem Gelde sehen. Gewiß, wenn man für eine Rede von acht Minuten Länge 25 bis 30 Mark erhält, dann kann man es nicht verstehen, daß die Bergleute dafür 48 Stunden und noch mehr arbeiten müssen. Das nennt der Mensch Materialismus. Hier kann man ruhig sagen: „Was, Schlag dir an die Brust und sage:

mea culpa, mea culpa, mea maxima culpa!“

Nach dem Pfarrer sprach der Kollage Laufferbach vom Bergarbeiterverband, welcher kurz und richtig die Gefahren und das Antreibersystem im niederschlesischen Revier kennzeichnete.

Hoffentlich ziehen die Neuroder Kameraden aus dem Unglück eine Lehre. Kameraden von Neurode, rafft euch auch auf! Hinein in den Bergarbeiterverband! Hinein in die kommunistische Partei! Nur wenn wir uns reflexlos organisieren, und unter Führung der KPD, gegen die Ausbeuter kämpfen, wird es möglich sein, dem Antreibersystem Halt zu gebieten und höhere Löhne zu erkämpfen.

## Interessantes aus dem Reichsrat

Der „Vorwärts“ veröffentlicht einen Aufsatz des Nachrichtenbüros des Vereins deutscher Zeitungsverleger über die Lage im Reichsrat.

Es heißt da u. a. über das System der Stellvertretungen der Provinzvertreter:

„Oft gehört der Stellvertreter einer anderen politischen Richtung an als der Hauptvertreter. Der Vertreter von Niederösterreich z. B. v. Günther, ist Deutschnational, sein Stellvertreter, der Oberpräsident Zimmer, ist Sozialdemokrat. Bei der Abstimmung über die Zollvorlage stimmte v. Günther gegen die Regierung; wäre er verhindert gewesen, so hätte Zimmer ihn vertreten, dessen Votum für die Regierung gefallen wäre. Von solchen Zufälligkeiten ist unter Umständen die politische Lage in Preußen abhängig!“

Interessant ist das Ruckelmuddle, das durch dieses „Vertreter“-System geschaffen wird. Noch interessanter ist allerdings etwas anderes.

Der Deutschnationale Günther hat gegen die Zollvorlage der Lüthke-Regierung gestimmt, weil sie ihm noch nicht weit genug ging. Ohne jeglichen Widerspruch gibt der „Vorwärts“ die Auffassung der großkapitalistischen Zeitungsverleger und Meinungsfabrikanten wieder, daß der Sozialdemokrat Zimmer, wenn er das gewesen wäre, für die Zollüberet Lüthkes gestimmt hätte.

Die Kapitalisten kennen ihre Pappenheimer. Im Reichsrat stimmen Braun-Severing-Höring für die Zölle und vor den Proleten machen sie großes Geschrei gegen die Zölle.

Der „Vorwärts“ ist mit dieser „Politik“ vollkommen einverstanden, sonst hätte er gegen die Verächtlichmachung seines Parteigenossen Zimmer durch die Kapitalisten Verwahrung eingelegt!

## Die Kreis- und Provinziallandtage als Hochburgen der Reaktion

Die Regierungsräte und Landräte waren in Preußen von jeher der härteste Hort der Reaktion. Gegen ihre Wirksamkeit richtete lange vor dem Kriege schon der demokratische Reichsrat Schilling sein scharfes, erregendes Buch: „Die Reaktion in der preussischen Verwaltung“, für das er gemahnt wurde. Trotz der nachrevolutionären Einziehung sozialdemokratischer Regierungs- und Landräte, trotz des allgemeinen, gleichen und gebührenden Wahlrechts zu den Provinzial- und Kreis-tagen hat sich an diesen reaktionären Zuständen nichts geändert. Mit großem Eifer wurde zwar in Preußen die Landtag im Jahre 1919 die große Verwaltungsreform“ angefangen, je weiter aber die Beratungen über die Verwaltungsreform fortgeschritten, desto mehr zeigte sich das Bestreben, alle Verwaltungsangelegenheiten wieder der Kontrolle der gewählten Körperschaften zu entziehen und sie nach wie vor der Kompetenz des „Königs Landrat“ auszuliefern.

Ein ähnliches Verfahren sollte auch nach der bürgerlichen Revolution 1848 ein. Als damals die ersten bürgerlichen Parlamente entstanden, wurden in Preußen die reaktionären Städteordnungen und Landgemeindeordnungen von 1853 erlassen. Diese sind heute noch mit dem noch älteren preussischen Landrecht zusammen in Wirksamkeit und sie bestimmen die „Machtbefugnisse“ der Provinzialparlamente. In allen Kreis- und Provinziallandtagen leisteten die Sozialdemokraten nicht den geringsten Widerstand, wenn ihnen mehr und mehr die Kontrolle entzogen wurde und dafür Regierungspräsident, Landrat, Bezirks- und Kreis-ausschuss und unbeschränkte Machtbefugnisse erhielten. Die Opposition der Kommunisten reichte nicht aus, um energisch einen Hinweis auf die Reaktionäre zu betreiben. Hinzu kam auch, daß für die Wahlen zu den Provinziallandtagen und Kreistagen, die 1921 mit den preussischen Landtagswahlen zusammenfielen, kein besonderes Interesse vorhanden war und daß die Arbeiter der gewählten Provinzialparlamente fast vollkommen unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfanden.

Mit den Wahlen am 25. Oktober dürfte darin eine erhebliche Änderung eintreten. Diese Wahlen erlangen jetzt besondere Bedeutung. Die verärgerten Mittelschichten werden in erheblichem Maße den Rechtsparteien ihre nicht gehaltenen Aufwertungsversprechungen heimzahlen, während es auf dem linken Lande möglich sein wird, den Kleinbauern und Pächtern den Nachweis zu führen, daß die Zoll- und Steuererlese ihre eigene Lebenshaltung stark einschränken, ohne ihnen irgendwelche Vorteile zu bringen.

Die Reaktion in der Schule ist bei der überragenden Machtstellung der Provinzialschulkollegien viel wirksamer im Provinziallandtag und Provinzialausschuss zu bekämpfen als in den Gemeindeparlamenten, die noch unter der Kontrolle des Provinzialschulkollegiums stehen. Der Reichsschulgesetzentwurf des Ministers Schiele bedeutet eine Ausdehnung des bürgerlichen Kontrollrats auf das ganze Reich und der Schullampf wird jetzt einen breiten Raum in den Tagesordnungen der kommenden Provinziallandtagsitzungen einnehmen.

Ohne von den bürgerlichen Parlamenten in der Provinz entscheidende Daten zu erwarten, kann doch der kommunistischen Opposition eine Fülle von Arbeit in den Provinzial- und Kreistagen in Aussicht gestellt werden. Dort sind wichtige, ja entscheidende Forderungen für die Kriegsbeschädigten, Sozial- und Kleinrentner, ebenso wie für die Erwerbslosen zu vertreten. Kreisrentenempfänger, Provinzialrentenanwärter, Mütter und Kinderheime haben bisher nur Anlaß zur Kritik gegeben, ihr Ausbau für die Bedürfnisse der mütterlich-bemittelten Bevölkerung sind zur unabweislichen Notwendigkeit geworden. Die Provinzen sind vielfach die Besitzer von Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken. Dieser Besitz ist für die werktätige Bevölkerung nutzbar zu machen. Die Einführung niedrigerer Tarife, bequemer Zahlungsbedingungen und der Ausbau des Leitungsnetzes müssen nachdrücklich gefordert werden. Nur wenige Kreise haben bisher dem Ausbau des Verkehrswesens genügend Aufmerksamkeit geschenkt. Die Verbesserungen der Wege, der Kraftwagenverbindungen und der Kreisbahnen wird vielfach erst abgelegene Landstädte und Dörfer in engen Kontakt mit dem politischen Zentrum ihres Bezirks bringen.

Alle diese Aufgaben begreifen, heißt für die Kommunisten auch die kommunistische Lösung nach Maßgabe der örtlichen

# Kritik sozialdemokratischer Arbeiter am Programmwurf der SPD.

Das Programm, das die Sozialdemokratische Partei dem Heidelberger Parteitag vorlegt, ist außerordentlich geschickt formuliert. Es nähert sich in der Formulierung dem Erfurter Parteiprogramm, das bei den sozialdemokratischen Arbeitern auch heute noch Ansehen genießt. Doch unterscheidet es sich von diesem Programm dadurch, daß es ein klares, unabweisliches Bekenntnis zum Klassenkampf vermeidet. Trotzdem haben die große Zahl sozialdemokratischer Arbeiter an allen Orten die große List und Verschlagenheit dieses Programms erkannt. Aus allen Ortsgruppen der SPD mehren sich die Anträge, die verlangen, dieses Bekenntnis zum Klassenkampf wieder in das Parteiprogramm hineinzubringen. Bezeichnend hierfür ist der Antrag der Ortsgruppe Steilm, der besagt: „In dem Entwurf des Parteiprogramms wird das klare Bekenntnis zum Klassenkampf vermehrt. Es fehlt die klare Klassenfestlegung. Im Entwurf Programm wurde noch gesagt, der Kapitalismus mache den Klassenkampf für die Befreiung der Arbeiterklasse zur geschichtlichen Notwendigkeit und zur ist schon Forderung. Wir fordern daß diese Veräußerung nachgeholt wird!“

Die Ortsgruppe Frankfurt a. M. hat den Antrag gestellt, die wörtlichen Zitate des Erfurter Programms in das neue Parteiprogramm einzuschließen. Andere Ortsgruppen, z. B. Gießen, verlangen, daß in das Parteiprogramm die Stellung der Sozialdemokratie zur Arbeiterklasse festgelegt wird. Sie verlangen Zutritt zur Arbeitsverweigerung im Falle eines neuen Krieges usw.

Die sozialdemokratischen Arbeiter, die längst den kleinbürgerlichen Charakter der sozialdemokratischen Politik erkannt haben, sind aber trotzdem aus Tradition von der Partei noch nicht getrennt haben, sie erkennen auch die Unzulänglichkeit des neuen Programmwurfes und glauben, daß ein gutes Programm die Gewähr für eine Politik des Klassenkampfes bildet.

In Breslau ist es der Rechtsanwalt Dr. Götze, der frühere Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, der sich zum Sprecher der opponierenden sozialdemokratischen Arbeiter macht und scharfe Kritik am Parteiprogramm übt. Götze verlangt ebenfalls, Bekenntnis zum Klassenkampf in das neue Parteiprogramm aufzunehmen. Er verlangt, daß die Sozialdemokratie nicht wie bisher den demokratischen kapitalistischen Staat bejaht, sondern aus einer staatsrechtlichen in eine staatsbürgerliche und Bourgeoisie alle Machtmittel gegen das Proletariat eingeleitet hat, erinnert an den Eisenbahnerstreik. Natürlich „vergibt“ Herr Götze den sozialdemokratischen Arbeitern zu sagen, daß es seine in Amt und Würden befindlichen Parteigenossen gewesen sind, die Streikgebet stahlen, Ausnahmeverordnungen erließen und alle staatlichen Machtmittel einsetzen, um den Streik abzuwürgen.

Noch charakteristischer für das Erwachen der sozialdemokratischen Arbeiter sind die „kritischen Betrachtungen zum Programmwurf“, die Konrad Wiczorek im „Volkblatt“, das in Hindenburg erscheint, macht. Wiczorek schreibt:

„Auf den Witzelndonnerstag im März, Dezember 1922, führte Edo Timmer bei der Bearbeitung der Entschleunigung des Krieges aus:

Die Arbeiterklasse kennt in ihrem Kampfe um den Frieden kein Ruhen und Rasten mehr, sie ist zur erkitterten und rücksichtslosen Exekution entschlossen, und eher, als daß sie noch einmal gemeinsam mit der Bourgeoisie Krieg führt, steigt die Arbeiterklasse — wie einer der Vertreter auf dem Kongress in Rom gefordert hat — in die Straßen hinab zum Kampf gegen die Bourgeoisie, um den Frieden, wenn nötig, durch den offenen Aufstand in Stadt und Land zu erlangen.“

Die augenblicklichen Verhältnisse erfordern eine klare Stellungnahme zu den Wirkungen der imperialistischen Politik. Die Lösung gewinnt konkretere Formen bei Betrachtung der Ziele. Hier heißt es: „Die Ziele der Sozialdemokratischen Partei können erreicht im ständigen Ringen und Wirken auf politischem, sozialem, kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet.“ Nun, wir haben vor dem Kriege gewirkt und gerungen, nach dem Kriege daselbst getan und jetzt ringen und wirken wir weiter. Auch hier hat man ein Wort vermieden: Revolution.

„Und in diesem Worte liegt die Lösung der widerwärtigsten kapitalistischen Weltanschauung.“

Und an anderer Stelle gibt Wiczorek den SPD-Arbeitern folgenden Rat:

„Betrachten wir den lebenden Abschnitt, der uns die von der Arbeiterklasse getragene Bewegung zeigt, so sehen wir, daß das Proletariat, das die Revolution nicht nur als Kampf überlebt, sondern als Problem werden wird, die Lösung der Revolution? Die Lösung ist das Wort Klassenkampf, der Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse muß die Probleme aufstellen, sondern den gegenwärtigen Stand der kapitalistischen Gesellschaft und der in ihr wirkenden Kräfte zu prüfen, dem Übergangskapitalismus zum Sozialismus und den daraus resultierenden Aufgaben für die Partei Ausdruck zu verleihen. Des Weiteren wird zwar der Versuch gemacht, näher an die Dinge heranzutreten, man scheut aber die Dinge konsequent bis zu Ende durchzuführen.“

Die Redaktion des „Volkblattes“, die genötigt infolge der nachdringlichen Anzuständigkeit der überschleissischen Arbeiter, diesen Kritik Raum zu geben, ist in nicht geringer Verlegenheit. Sie versucht in einer einleitenden Bemerkung die Kritik Wiczoreks durch den Hinweis auf die großen Schwierigkeiten bei der Formulierung eines Parteiprogramms abzuwehren. Hierbei leistete sie sich folgenden charakteristischen Satz:

„Ob die Schaffung eines allen Auffassungserleichterungen in der Partei Rechnung tragenden Programms heute noch möglich ist, darf bezweifelt werden. Immerhin ist die verabschiedete kritische Stellung zum Programm wichtig, auch wenn es unverändert bleiben oder nicht wesentlich abgeändert werden sollte.“

Dieses Eingeständnis eines sozialdemokratischen Blattes bezeugt blühendst die

innere Zerrissenheit der Sozialdemokratischen Partei, die bisher durch geschickte Regie und diplomatische Verflechtungsmittel verdeckt und überbrückt wurde. Die sozialdemokratische Partei ist nicht in der Lage, einen Programmwurf auszuarbeiten, der die sozialdemokratischen, klassenbewußten Arbeiter auf der einen Seite, auf der anderen Seite dem kleinbürgerlichen Anhang und die mit der Bourgeoisie durch die und dünn gebundenen Führer befriedigt. Deshalb mehren sich auch die Stimmen, die auf einen Programmwurf verzichten und sich mit einem Aktionsprogramm begnügen wollen. Mag es den Strategen und Diplomaten in der SPD, noch einmal gelangen, auf dem Heidelberger Parteitag ein Einigkeitstheater aufzuführen. Mögen die Anträge zum Heidelberger Parteitag ebenso in den Papierkorb wandern, wie die hundert Anträge sozialdemokratischer Arbeiter zum Gewerkschaftskongress, der Welt der hinter diesen Anträgen steht wird dadurch nicht gelindert und gebrochen werden. Die sozialdemokratischen Arbeiter werden erkennen, daß die Mängel im sozialdemokratischen Parteiprogramm, das Fehlen des Bekenntnisses zum Klassenkampf keine Versäumnisse sind, wie die Steiner Arbeiter glauben, sondern daß sie brühen im Wesen der Sozialdemokratischen Partei die, trotzdem der Kern ihrer Mitglieder aus Arbeitern besteht, eine kleinbürgerliche Partei geworden ist.

Und Kommunisten aber zeigen die Anträge zum Heidelberger Parteitag und die Kritiken zum Programmwurf erneut, daß eine breite Basis des gemeinsamen Kampfes der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter möglich ist.

Wir müssen die Anträge der sozialdemokratischen Arbeiter zum Parteitag und die Kritiken zum Programmwurf zum Anlaß nehmen, mit den sozialdemokratischen Arbeitern eine gemeinsame, erste vom kameradschaftlichen Geist getragene Auseinandersetzung herbeizuführen. Diese Auseinandersetzung muß vor allem geführt werden in den Gewerkschaften und in den Betrieben und es müßte mit dem Zweifel zugehen, wenn nicht im Laufe der Zeit zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern eine gemeinsame Klassenkampfbasis gefunden werden könnte.

Verhältnisse finden und die werktätige Bevölkerung für die kommunistische Lösung dringender Forderungen, die eben die Forderungen im Klassenkampf des Proletariats sind, zu mobilisieren.

## Auch die Funktionäre von Oberschlesien für das GKK

In der am 9. September in Hindenburg stattfindenden Funktionärerversammlung fand nach einem Referat des Genossen Jadaščak nachstehende Resolution einstimmig Annahme:

Die am 9. September 1925 tagende außerordentliche Funktionärerversammlung des Industriegebietes O.S. begrüßt den Beschluß der Bezirksleitung des Bezirkes O.S. vom 8. September in der Frage des offenen Briefes der Exekutive.

Auch die außerordentliche Funktionärerversammlung erklärt, alle ihre Kräfte einzusetzen, um im Sinne des offenen Briefes die gesamte Parteimitgliedschaft aufzuklären und darüber hinaus die dringende Arbeit im Betrieb, Gewerkschaft, sowie allen Arbeiterorganisationen zu leisten.

Die außerordentliche Funktionärerversammlung ist sich klar darüber, daß zur Innehaltung jener Beschlüsse, die im offenen Brief begründet sind, die absolute Einheit der Gesamtpartei notwendig ist. Die Funktionäre erklären deshalb, daß sie jedwede Strömung, die dazu angetan ist, der Einheit der Partei zu schaden, mit den schärfsten Mitteln bekämpfen werden.“

## Der preussische Staat und der ober-schlesische Eisentrust

Der Zusammenschluß der ober-schlesischen Eisenindustrie, der gegenwärtig im Gang ist, stellt die preussische Regierung vor eine wichtige Entscheidung. Die ober-schlesischen Eisenwerke haben erhebliche Schulden bei der Seehandlung der preussischen Staatsbank. Man möchte nun gern die preussischen Staatsgelber dauernd für den neuen Trust sichern. Man ist dabei auf den Gedanken gekommen, daß sich der preussische Staat ebenfalls an dem Trust beteiligen soll. Eine solche Beteiligung wäre ein großes Geschäft. Aus den preussischen Staatsgelbern, die letzten Endes der proletarische Steuerzahler aufbringt, soll der kapitalarme Eisentrust gespeist werden. Der preussische Steuerzahler soll dazu helfen, daß die ober-schlesischen Eisenindustriellen billige Kredite bekommen und ihre Profite mehren. Wenn der preussische Staat mit seiner sozialdemokratischen Führung sich ernstlich um die Krise der Schwerindustrie kümmern will, dann soll er gefälligst die ober-schlesischen Eisenwerke ganz kaufen. Sie wären unter der jetzigen Situation ziemlich billig zu haben. Das ist selbstverständlich keine Sozialisierung, aber immer noch viel besser als der projektierte Zustand, bei dem die Staatsgelber direkt zur Förderung des Unternehmerprofits verwendet werden.

**Arbeiter! Eure Parole darf nur lauten:**  
**Wir kaufen alle im**  
**Wiemohaus \* Reuschestraße Nr. 20/21**

**Führer durch die Geschäftswelt für Arbeiter, Angestellte und Beamte von Breslau.**

Spezialhaus  
für Damen- u. Mädchengarderobe  
großen Umfanges  
**S. Leuchtag**  
Schmiedebrücke 55 pt. u. l. Etg.  
Größte Auswahl! Billigste Preise!  
Gegründet 1886

Tuchhaus  
Goldene Radegasse 7 **Ernst Heinze** Goldene Radegasse 7  
liefert  
**Herren- u. Damenstoffe** besonders **billig**  
und bietet um Ihren Lagerbesuch

**Gebr. Adler**  
Fabrik  
feinster Liköre und  
Spirituosen  
Fittalen  
in allen Stadtteilen

**Offdeutsches  
Schuhwarenhaus**  
Schmiedebrücke 20  
im Nußbaum

Steigeleitern jeglicher Art  
für Hausbedarf u. Industriezwecke  
Küchen-Möbel  
Böttchermwaren  
**Richard Peter**  
Kupferschmiedebrücke 3  
nicht am Neumarkt  
stadtbekannt gut u. billig  
Kinderragen / Korbmöbel  
Leiter- und Kasten-Wagen  
Besonders große Auswahl

**Modehaus TICHAUER**  
Blusen, Kleider, Mäntel  
Kostüme  
Eigene Anfertigung  
Schmiedebrücke 42

**Wilhelm Knauerhase**  
Kupferschmiedebrücke 16  
Herren-, Knaben- u. Arbeiter-Garderoben  
keine Filiale

**Schuh-Vertrieb**  
Kein Laden! Ohlauer Straße Nr. 29, I. Etage  
Kein Laden!

**Brieger's Modebazar**  
Albrechtstraße 52  
Billigste Bezugsquelle für  
Herren-Artikel

**Emil Lewin**  
Klosterstraße 80  
Kurz-, Woll- und Weißwaren-  
Geschäft

**Gebrüder Kreuzberger**  
Herren- und Knaben-Bekleidung  
Breslau, Reuschestr. Nr. 16/17, Ecke Neuweltgasse

**Josef Kober**  
Klosterstraße 41  
Leinen / Baumwollwaren / Wäsche  
Schürzen

**Paul Märtsche**  
Kolonialwaren  
Oelsnerstraße Nr. 15  
Friedrich Wilhelm Straße 91

**Fritz König**  
Leinen- und Wäschehaus  
Rosenthaler Str. Nr. 22

Windjacken / Breeches  
Gumm-Mäntel, Sport-Anzüge in großer Auswahl  
**D. & E. Wolmann**  
Garten- u. Tafelstr.-Ecke, dem Hauptbahnhof gegenüber

**E. Leuchtag**  
Wachplatz  
Damen- und  
Kinderkonfektion

**D. Schönwiese**  
Inhaber Auguste Peter  
Friedrich-Wilhelmstraße Nr. 11  
Glas, Porzellan, Holzwaren, Holzschäffer  
und Sägen

**L. Ornstein**  
Schirme, Lederwaren, Stöcke  
Schmiedebrücke 5

**Kaufmann Nachf.**  
Inhaber Oskar Schage  
Eisenwaren und Werkzeuge  
Haus- und Küchengeräte  
Rönthnerstraße Nr. 18  
Telephon Ring 2166

**Schuhhaus Wäldchen**  
Guttentag & Schüttan  
Rosenthaler Straße Nr. 45

**Bettfedern-  
fabrik**  
Kupferschmiedebrücke 10  
Bettfedern, Daunens, fertige Betten zu  
billigsten Preisen

**L. Prager**  
Herren- u. Knaben-Garderobe  
Albrechtstraße 51, Ecke Schmiedebrücke

**Auguste Hoffmann**  
Rosenthaler Straße 61  
Wäsche / Trikotagen

**Reinen Piennig**  
dem Geschäftsmann  
der nicht in  
**Eurer Zeitung**  
insetiert!

**HUGO KLOSE**  
BRESLAU, Paulstraße 23  
Billigste Preise in  
Leinen-, Baumwoll- und Manufaktur-Waren  
Stets Gelegenheits-Käufe am Lager

**N. Steinitz jun.**  
Albrechtstraße Nr. 57  
Spezialhaus für Herren-, Knaben-  
und Berufs-Bekleidung

Kurz-Weiß-Wollwaren  
**Erwin Neumann**  
Klosterstr. 123 u. Kronprinzenstr. 47

**Herbert Schramm**  
Lederhandlung - Schuhmacher - Bedarfsartikel  
Klosterstraße 91

**Fahrradhaus W. Muths,**  
Trebnißer Straße 54  
Sämtliche Zubehöerteile / Eigene Reparaturwerkstatt

**Geschwister Masur**  
Klosterstraße 115  
Billigste Bezugsquelle für Strumpfwaren  
Trikotagen - Wäsche - Schürzen

**Gut-Haus Haut**  
Friedrich Wilhelm Str. 23  
Spezialität  
**Hüte - Mützen**

**Grüner Pollak**  
Renschestr. Nr. 64  
frühstücksstube  
Kaffe und warme Speisen zu jeder Tageszeit  
Gut gepflegte Biere / Sämtliche Wurstwaren aus  
eigener Fabrik R. Illerger

**Paul Cohn**  
Schmiedebrücke 28  
Damenwäsche / Strümpfe / Linenformen / Seide  
Bänder / Borten / Putz-Artikel

Der preiswerte  
**Damen-Hut**  
**M. Tichauer**  
Reuschestr. 47

**Heinrich Böhm** Spezial-  
haus  
für Herren- und Damenkleiderstoffe  
Leinen und Baumwollwaren  
Blücherplatz, Ecke Reuschestr.

**Geschw. Prager**  
Spezialhaus für Damenbekleidung  
Breslau - Ring 56  
Vorzeiger dieses 5 Prozent Extra-Rabatt

**Friedländer & Co.**  
Herren- und Knabenbekleidung  
Fertig und nach Maß  
Schmiedebrücke Nr. 58

**Arbeiterbekleidung**  
jeder Art **Carl Kröger** Friedrich-  
Wilhelmstr. 13

**Möbelhaus M. Eisinger & Co.**  
Friedr.-Wilhelmstr. 12 am Neumarkt  
Zubehöerartikel

Herrenkleiderfabrik **GEBR. LACHMANN**  
Gegr. 1891 Reuschestr. 57, Ecke Krullstraße Gegr. 1891  
Direkte Bezugsquelle ohne Zwischenhandel - Großes Stofflager jeder Art

**Schuhwarenhaus**  
Schleifinger Nachf. J. Pariser  
Neue Tafelstr. Nr. 7

**Otto Schumann**  
Eisenwarenhandlung, Haus-  
u. Küchen-Geräte, Porzellan,  
Glas, Steingut  
Kompl. Küchen-Einrichtungen  
Vincenzstraße 31

**Hermann Kary & Co.**  
Klosterstraße 16-17  
Strumpfwaren - Trikotagen  
Weiß- und Wollwaren

Den billigsten **Damen-Hut**  
vor Ohlauer Tor finden Sie bei  
**Todmann & Crohn**  
Klosterstraße 19/21

**W. Pfeiffer, Matthiasplatz 11.**  
Wäsche- u. Schürzen-Fabrik,  
Trikotagen, Wollwaren.

**Pfand-Leihhaus**  
Grundmann, Trebnitzer Str. 21

**Strumpf- u. Wäsche-  
Weissmann**  
nur  
Nikolaistr. 17 u. Kupferschmiedebr. 51  
Telephon Nr. 40 603  
Vorzeiger erhält 10% Rabatt

**Arbeiter-Bekleidung**  
**Joseph Hirschel**  
Reuschestr. 43

**Elfrieda Brieger, Inhab.**  
Klosterstraße 1a  
Kurz-, Weiß-, Wollwaren,  
Berufsbekleidung

**Gögner's  
Schuhhaus**  
Tauentzienstraße 178

**Heinrich's  
Konfektionshaus**  
Spezial-Geschäft für  
Damen- u. Mädchen-  
Bekleidung  
Reuschestr. 11/12

**Kauf nur bei unseren Inserenten!**  
**Kredit-Bekleidungs-Haus**  
liefert Ihnen auf Kredit b. geringer Anzahlung Bekleidung f. Damen, Herren u. Knaben. Damenkostüme, Kleider, Röcke u.  
Damen-Mäntel, für Herren Anzüge u. Paletots. Regenmäntel für Damen u. Herren. Eigene Maßabteilung für Herren.  
**Kredit-Bekleidungs-Haus Nikolaistraße 63a, I. Stock, Eingang Neue Weltgasse**  
Mein Prinzip ist kulanter, reeller und diskreter Bedienung.